

1 Linkes Programm für Neukölln

2 Inhaltsverzeichnis

3
4

5

6 **Präambel** **4**

7 **Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten** **6**

8 Keine Rendite mit der Miete 6

9 Mieter*innen unterstützen 7

10 Nachhaltige und soziale Liegenschaftspolitik 9

11 Wohnortnahe Versorgung statt Deals mit Investor*innen 9

12 Öffentliche und nichtkommerzielle Räume schützen 9

13 Umverteilung und Neubau von Wohnraum 10

14 DIE LINKE. Neukölln fordert: 11

15 **Mobilität, Umweltschutz und Klimagerechtigkeit** **12**

16 Soziale und ökologische Verkehrswende jetzt 12

17 Vorrang für ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen 12

18 Eine S-Bahn für alle 13

19 Ein Verkehrsplan für Neukölln 13

20 Pflege und Ausbau der Grünflächen 14

21 Ökologische Energieversorgung 14

22 DIE LINKE. Neukölln fordert: 15

23 **Gute Finanzierung für öffentliche Aufgaben** **16**

24 Genug Geld für Neukölln 16

25 Gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben 16

26 Bürger*innennahe Verwaltung und Digitalisierung 17

27 DIE LINKE. Neukölln fordert: 17

28 **Gute Arbeit und Kampf gegen Armut** **18**

29 Gute Arbeit und guter Lohn 18

30	Langzeiterwerbslosigkeit bekämpfen	19
31	Kampf gegen Hartz-IV - „Neukölln sanktionsfrei“	19
32	Soziale Benachteiligung abfedern	20
33	Kampf gegen Obdachlosigkeit	20
34	DIE LINKE. Neukölln fordert:	21
35	Gesundheitspolitik	22
36	Gesundheitsversorgung im Bezirk sicherstellen	22
37	Investitionen in das landeseigene Vivantes-Klinikum	23
38	Drogenpolitik: Beratung und Konsumräume ausbauen	23
39	DIE LINKE. Neukölln fordert	23
40	Politische Teilhabe und direkte Demokratie	25
41	Bürger*innenbeteiligung stärken, Verwaltung demokratisieren	25
42	DIE LINKE. Neukölln fordert:	26
43	Bildung	27
44	Gemeinschaftsschulen ausbauen und zu Kiezzentren weiterentwickeln	27
45	Inklusion und neue Lehrformen stärken	27
46	Schulneubau und Sanierung	28
47	Schule ohne Rassismus und Bundeswehrwerbung	29
48	Kitaplatzausbau	29
49	Rekommunalisierung der Schulreinigung	29
50	DIE LINKE. Neukölln fordert:	29
51	Kultur	30
52	Ausbau der Kulturangebote	30
53	Kulturelle Freiräume schützen	30
54	Soziale und kultursensible Kulturförderung	31
55	DIE LINKE. Neukölln fordert:	31
56	Gleichstellung von Frauen	32
57	Die Frauenquote ist ein Anfang	32
58	Kampf gegen frauenfeindliche und antifeministische Ideologien	33

59	Vielfalt stärken: Queeres Neukölln.	33
60	Geschlechtergerechte und ermächtigende Jugendarbeit	33
61	Schutz vor sexualisierter Gewalt	34
62	DIE LINKE. Neukölln fordert:	34
63	Solidarisches Zusammenleben – Kampf gegen rechts	35
64	Rechte Strukturen zerschlagen, Neukölln-Komplex aufklären	35
65	Intersektionale Diskriminierung beenden: Kopftuchverbot abschaffen	36
66	Vielfalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens	37
67	Rassistische Clandebatte und Razzien in migrantischem Gewerbe – Schluss	38
68	mit Racial Profiling	38
69	Koloniale Vergangenheit aufarbeiten	39
70	DIE LINKE. Neukölln fordert:	39
71	Für die Rechte von Schutz suchenden Menschen	40
72	#leavenoonebehind – Neukölln hat Platz	40
73	Spracherwerb und gesellschaftliche Teilhabe	40
74	DIE LINKE. Neukölln fordert:	41
75	Ausblick	42
76		

77
78

Präambel

79 DIE LINKE. Neukölln hat das Ziel, dass alle Menschen in Neukölln ein gutes, glückliches und
80 erfülltes Leben führen können. Gleich welcher Herkunft, Nationalität, Religion, sexueller
81 Orientierung oder Hautfarbe.

82 Dieser Vorstellung von einem guten Leben steht ein Wirtschaftssystem entgegen, das die große
83 Mehrheit der Bevölkerung benachteiligt. Denn im Kapitalismus herrscht eine Minderheit über die
84 Mehrheit, sind Mensch und Umwelt der Profitmaximierung untergeordnet. DIE LINKE will dieses
85 Wirtschaftssystem überwinden und eine Welt errichten, in der alle Menschen frei, gleichberechtigt
86 und selbstbestimmt leben können. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut
87 aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre
88 Verhältnisse demokratisch gestalten können.

89 In Neukölln zeigen sich die Auswirkungen des Kapitalismus besonders drastisch: Obwohl
90 Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, muss in unserem Bezirk ein Viertel der
91 Menschen von Hartz IV oder Grundsicherung leben und jedes zweite Kind in Armut aufwachsen.
92 Nirgendwo in Berlin sind die Mieten in den letzten zehn Jahren so stark gestiegen. Viele mussten
93 ihren Kiez oder den Bezirk verlassen, finden keine passende Wohnung oder sind von
94 Wohnungslosigkeit bedroht. Durch die Corona-Pandemie sind viele in noch größere
95 Schwierigkeiten geraten. Immobilienkonzerne und Spekulant*innen machen ihre Profite auf Kosten
96 der Mieter*innen und der Vielfalt des Bezirks.

97 Der österreichische Milliardär Benko ist hierfür ein prominentes Beispiel: Er will Karstadt am
98 Hermannplatz abreißen und dort einen monumentalen Protzbau errichten. Steigende Mieten und
99 die Verdrängung von Mieter*innen und kleinem Gewerbe werden die Folge sein. Wir wollen, dass
100 die Mieten bezahlbar werden, dass Neukölln bunt bleibt, dass Kitaplätze, Geschäfte und
101 Arztpraxen in der Nähe des Wohnorts erreichbar sind. Damit sind wir nicht alleine. Überall bilden
102 sich Mieter*inneninitiativen und stadtpolitische Bewegungen, die Kampagne Deutsche Wohnen &
103 Co enteignen will große Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand holen. Der Mietendeckel ist
104 ein großer Erfolg dieser Bewegung und muss verteidigt werden. DIE LINKE steht an der Seite der
105 Mietenbewegung.

106 Der Kapitalismus bedroht durch die Ausbeutung der Natur auch die Bewohnbarkeit unseres
107 Planeten. DIE LINKE. Neukölln streitet für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und
108 will ihn vor Ort vorantreiben. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und mehr
109 Platz für Fahrrad und Fußgänger*innen schaffen. Das Tempelhofer Feld soll als Kaltluftschneise
110 und Erholungsgebiet erhalten bleiben.

111 Wir wissen: Um ein gutes Leben für die Menschen in Neukölln zu erreichen, müssen wir uns
112 organisieren und uns mit den Mächtigen anlegen. DIE LINKE. Neukölln macht den Unterschied.
113 Wir streiten dafür, dass die Bezirke mehr finanzielle Mittel erhalten und die
114 Bezirksverordnetenversammlung und die Neuköllner*innen mehr zu entscheiden haben. Wir
115 machen Druck mit den und für die Menschen in Neukölln. Auf der Straße, in Initiativen und im
116 Parlament. Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen.

117 Rund die Hälfte der Neuköllner*innen hat eine Migrationsgeschichte. Viele erleben täglich
118 Rassismus. Wir stellen uns gegen Rassismus und Versuche, die Gesellschaft zu spalten. Wir
119 setzen uns dafür ein, dass niemand aufgrund der Herkunft oder des Nachnamens bei der Arbeits-
120 oder Wohnungssuche benachteiligt wird. Racial Profiling und die stigmatisierenden
121 Polizeikontrollen von migrantischen Cafés und Geschäften lehnen wir ab. Und wir wollen, dass alle
122 mitentscheiden dürfen: Das Wahlrecht für alle, die hier leben, ist längst überfällig.

123 Wir laden alle dazu ein, unsere Vorschläge durchzulesen. Prüfen Sie unsere Ideen anhand Ihrer
124 Erfahrungen. Mischen Sie sich ein im Bezirk. DIE LINKE. Neukölln lädt ein zum Mitmachen.

125 **Stadtentwicklung, Wohnen und Mieten**

126

127 In ganz Berlin sind die Mieten stark gestiegen. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen
128 müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben oder werden
129 verdrängt. Verantwortlich sind Immobilienkonzerne und Investor*innen, für die Wohnungen eine
130 rentable Anlagemöglichkeit sind, vor allem in Krisenzeiten („Betongold“).

131 Dies betrifft besonders Neukölln, wo in den letzten Jahren der Bodenpreis in

132 Mehrfamilienhausgebieten (2017-2020) um hundert Prozent und die durchschnittlichen Preise für
133 Eigentumswohnungen (2016-2019) um rund siebzig Prozent gestiegen sind. In Neukölln werden
134 zudem besonders viele Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt. Dadurch wird ihr Handel als
135 Finanzanlage sowie die Entmietung wegen Eigenbedarfs erleichtert und der solidarische
136 Zusammenschluss von Mieter*innen verhindert. Die Räumung kultureller Treffpunkte wie des
137 Kiezladens Friedel 54 und der Kollektivkneipe Syndikat sind eine weitere Folge dieser Entwicklung.

138 Die Einrichtung von Milieuschutzgebieten und die Einführung des Mietendeckels sind erste
139 Schritte, um der Spekulation mit Wohnraum Einhalt zu gebieten. Doch sie reichen nicht aus.

140 Deshalb unterstützt DIE LINKE das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und
141 fordert die Vergesellschaftung großer, profitorientierter Wohnungsunternehmen.

142 DIE LINKE. Neukölln kämpft für eine Stadt, die alle Menschen gleichberechtigt bewohnen und
143 nutzen können. Stadtentwicklung in Neukölln muss die Bewohner*innen des Bezirks vor

144 Verdrängung schützen und dafür sorgen, dass auch in Zukunft Menschen mit geringen finanziellen
145 Mitteln oder aus marginalisierten Gruppen nach Neukölln kommen können. Sie soll allen die
146 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und eine umfassende Versorgung mit
147 wohnortnaher Infrastruktur sichern. DIE LINKE setzt sich für eine Stadtentwicklung ein, die vor Ort
148 mit Bewohner*innen und Nutzer*innen der Stadt gestaltet wird. Schon engagieren sich viele von
149 ihnen für ihren Bezirk und gegen die profitorientierte Fehlentwicklung der Stadt. DIE
150 LINKE. Neukölln kämpft an der Seite von Initiativen und Bewegungen für einen radikalen
151 Kurswechsel in der Politik hin zu einer gemeinwohlorientierten Stadt- und Wohnungspolitik.

152 Zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt fordert DIE LINKE eine nachhaltige

153 Stadtentwicklung. Das bedeutet, dass bei allen baulichen Veränderungen und Vorhaben soziale
154 und ökologische Ziele im Mittelpunkt stehen müssen.

155 **Keine Rendite mit der Miete**

156 In ganz Neukölln fehlen bezahlbare Wohnungen. Die Belastung der Neuköllner*innen durch

157 Mietkosten ist gemessen am Einkommen die höchste Berlins. Dies liegt vor allem daran, dass die
158 Mieten hoch, die Nettoeinkommen im Durchschnitt aber die niedrigsten im Vergleich der Berliner
159 Bezirke sind. Gerade für Menschen mit geringen Einkommen sowie Familien mit Kindern stellen
160 hohe Wohnkosten eine starke finanzielle Einschränkung dar und führen häufig zur Verdrängung in

161 Richtung Stadtrand oder gar in die Wohnungslosigkeit. Gleichzeitig ziehen viele Menschen gerade
162 von außerhalb Berlins nach Neukölln.

163 Investor*innen nutzen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, um die Mieten in die Höhe zu
164 treiben. Für sie sind Wohnimmobilien eine sichere Kapitalanlage. Wohnungsmodernisierung und
165 energetische Modernisierung werden gezielt als Mietentreiber eingesetzt. Selbst ohne
166 Mieter*innen können die Immobilien finanziell verwertet werden: Leerstehende Wohngebäude
167 werden als reine Spekulationsobjekte gehandelt.

168 Durch den Verkauf landeseigener Wohnungsbaugesellschaften ist seit den 1990er Jahren der
169 Bestand an Wohnungen in öffentlicher Hand stark zurückgegangen. Auch unter Rot-Rot von 2001
170 bis 2011 wurden über 100.000 Wohnungen privatisiert, darunter die Wohnungsbaugesellschaft
171 GSW. Dies hat zu den heutigen hohen Mieten und der Verdrängung aus den Innenstadtbezirken
172 beigetragen. Heute sieht DIE LINKE den Verkauf zu Recht als einen Fehler an und hat ihre Lehren
173 daraus gezogen. Der Ankauf und Bau neuer Wohnungen in den letzten Jahren kann die Verluste
174 bisher nicht ausgleichen. Zusätzlich ist der Anteil der belegungs- und mietpreisgebundenen
175 Wohnungen in den letzten Jahren durch das Auslaufen der Sozialbindungen rapide
176 zurückgegangen. Er betrug 2018 nicht einmal mehr zwölf Prozent des Neuköllner
177 Wohnungsbestandes – während knapp neunzig Prozent der Neuköllner*innen Anspruch auf eine
178 mietpreis- oder belegungsgebundene Wohnung gehabt hätten. Diese Entwicklung betrifft
179 insbesondere die Gropiusstadt.

180 Die Corona-Pandemie hat die finanzielle Notsituation vieler Haushalte noch verschärft und führt
181 damit auch zu einer verstärkten Gefahr, die Wohnung zu verlieren, zumal die wegen Corona
182 gestundete Miete irgendwann einmal nachgezahlt werden muss.

183 DIE LINKE. Neukölln fordert eine radikal andere Wohnungspolitik. Wir fordern Wohnungen für alle,
184 die sie brauchen. Wohnen ist ein Menschenrecht – wir können uns kaum entscheiden, nicht zu
185 wohnen. Darum darf Wohnen nicht durch einen Markt bedient werden, der diese Notlage schamlos
186 ausnutzt.

187 DIE LINKE. Neukölln streitet für mehr Wohnungen in kommunaler Hand. Private
188 Immobilienkonzerne, die Wohnungen mit der Absicht der Gewinnmaximierung bewirtschaften,
189 sollen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. DIE
190 LINKE. Neukölln unterstützt die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und organisiert
191 Unterschriftensammlungen im Bezirk.

192 DIE LINKE. Neukölln begrüßt die Einführung des Mietendeckels. Er schafft tausenden
193 Berliner*innen Luft zum Durchatmen und darf nicht mit juristischen Mitteln gekippt werden. Die
194 Bezirke und die Senatsverwaltung müssen die Regelungen des Mietendeckels rigoros umsetzen.
195 Vermieter*innen, die unzulässige Mieten verlangen, müssen mit hohen Geldbußen sanktioniert,

196 „Schattenmieten“ müssen verboten werden. DIE LINKE. Neukölln fordert ausreichend Personal zur
197 Kontrolle und Umsetzung des Mietendeckels.

198 **Mieter*innen unterstützen**

199 DIE LINKE. Neukölln steht an der Seite von Mieter*innen, die sich gegen steigende Mieten und
200 Verdrängung und für eine lebenswerte Stadt für alle einsetzen und arbeitet mit Mieteninitiativen
201 zusammen. In der Gropiusstadt hat DIE LINKE. Neukölln gemeinsam mit Anwohner*innen den
202 „Mietentisch Gropiusstadt“ als ein Forum für Mieter*innen zur Vernetzung und zum konkreten
203 Kampf gegen Mietsteigerungen gegründet.

204 Neuköllner*innen haben mit Einwohneranträgen die Einführung von Gebieten der sozialen
205 Erhaltungsverordnung (Milieuschutz) im Bezirk durchgesetzt. Diese Milieuschutzgebiete sollen die
206 Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in einem Gebiet erhalten. Deshalb sind
207 Luxusmodernisierungen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie die
208 Nutzungsänderung baulicher Anlagen genehmigungspflichtig. Zudem hat der Bezirk beim Verkauf
209 von Häusern ein Vorkaufsrecht, das Käufer*innen nur verhindern kann, indem er eine
210 Abwendungsvereinbarung unterzeichnet, in der sie sich auf die Einhaltung bestimmter
211 Bestimmungen verpflichtet.

212 Die anhaltende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie der Anstieg der Boden- und
213 Immobilienpreise zeigen, dass der Milieuschutz in ganz Neukölln notwendig ist. DIE
214 LINKE. Neukölln fordert daher, die Milieuschutzgebiete auf den gesamten Bezirk auszudehnen
215 und die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten im Interesse der Mieter*innen konsequent
216 einzusetzen.

217 Das bezirkliche Vorkaufsrecht muss konsequent angewendet werden, um den öffentlichen
218 Wohnungsbestand zu erweitern. Dazu fordert DIE LINKE. Neukölln zusammen mit
219 Mieter*inneninitiativen, die Bedingungen des Vorkaufsrechts zu verbessern: Statt der völlig
220 überzogenen Verkaufspreise soll nur noch ein Verkehrswert gezahlt werden. Die Vorkaufsfrist
221 muss von zwei auf sechs Monate verlängert werden. Das Vorkaufsrecht muss auf Share-Deals
222 ausgeweitet werden und für alle Immobilien und Flächen in der Kommune gelten. Kommt es
223 dennoch zu Verkäufen an Private, müssen Mietsteigerungen mit scharfen
224 Abwendungsvereinbarungen untersagt werden. Nutzungsänderungen, die bisherige
225 niedrigschwellige Nutzungen verdrängen, müssen verboten werden. Modernisierungen dürfen
226 nicht genehmigt werden. Energetische Sanierungen müssen sinnvoll und durch ein energetisches
227 Gesamtkonzept begründet sein. Genehmigt werden dürfen nur energetische Sanierungen, die
228 warmmietenneutral sind.

229 Auf Bundesebene fordert DIE LINKE die Abschaffung der Möglichkeit, Modernisierungskosten auf
230 die Miete aufzuschlagen. Energetische Sanierungen, die zur Bekämpfung des Klimanotstands
231 dringend notwendig sind, müssen warmmietenneutral sein: die Kaltmiete darf nur um den Betrag

232 steigen, der bei den Heizkosten eingespart wird. Vermieter*innen müssen zur energetischen
233 Sanierung ihres Eigentums verpflichtet werden.

234 **Nachhaltige und soziale Liegenschaftspolitik**

235 DIE LINKE will verhindern, dass städtischer Boden in Privatbesitz übergeht und nur noch einem
236 wohlhabenden Teil der Gesellschaft zur Verfügung steht. Flächen müssen gemeinwohlorientiert
237 genutzt werden, den Verkauf öffentlicher Flächen schließt DIE LINKE aus. Wenn öffentliches Land
238 Privaten zur Verfügung gestellt wird, dann nur im Rahmen von Erbpachtverträgen, bei denen die
239 Flächen lediglich vermietet werden. Auch dabei muss die Nutzung des Landes jedoch sozial und
240 ökologisch verträglich sein.

241 Wenn neues Baurecht geschaffen wird, muss der Bezirk die Möglichkeit nutzen, private
242 Bauherr*innen in städtebaulichen Verträgen zum sozial und ökologisch verträglichen Bauen zu
243 verpflichten – das heißt auch: Mindestens fünfzig Prozent Sozialwohnungen, Freiraum für
244 nichtkommerzielle Nutzungen und ein für alle nutzbarer öffentlicher Raum.

245 Das Tempelhofer Feld muss frei bleiben! Die LINKE hat den erfolgreichen Volksentscheid der
246 Initiative 100% THF gegen die Bebauung des Tempelhofer Felds von Anfang an unterstützt. Das
247 durch den Volksentscheid geschaffene Gesetz gegen die Bebauung des Tempelhofer Felds muss
248 vollständig eingehalten werden. Die Gesetzesänderung durch Senat und Abgeordnetenhaus muss
249 rückgängig gemacht werden.

250 **Wohnortnahe Versorgung statt Deals mit Investor*innen**

251 Die Grundversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs muss in den Quartieren erfolgen und nicht
252 in entfernten Einkaufszentren. An zusätzlichen oder noch größeren Einkaufszentren besteht kein
253 Bedarf. Die Gewerbeflächen entlang der S-Bahn und an den Ausfallstraßen sind für kleinere
254 Unternehmen bereitzuhalten. Maßnahmen der Stadterneuerung dürfen nicht zur Verdrängung
255 einkommensschwächerer Bewohner*innen und anderer Nutzer*innen Neuköllns führen.

256 DIE LINKE. Neukölln setzt sich gegen den Abriss und Neubau des Karstadt-Gebäudes am
257 Hermannplatz und die Umgestaltung des Platzes im Interesse des Immobilienmilliardärs René
258 Benko ein. Dessen Immobilienfirma Signa will am Karstadt-Standort einen monumentalen
259 Einkaufstempel bauen, um mit teuren Mieten maximale Renditen einzustreichen. Solche Vorhaben
260 zerstören die gewachsenen Strukturen im Umfeld und führen zu Verdrängung – denn die
261 Neuköllner Bevölkerung ist nicht die Zielgruppe der Investitionen. Auch die Arbeitsplätze der
262 Karstadt-Angestellten werden durch den Umbau gefährdet.

263 **Öffentliche und nichtkommerzielle Räume schützen**

264 In den letzten Jahren wurden in Neukölln mehrere unkommerzielle Kulturzentren geräumt. DIE
265 LINKE. Neukölln setzt sich dafür ein, dass nichtkommerziell genutzte Räume bestehen bleiben.
266 Sie bieten allen Menschen, unabhängig von ihrer Zahlungskraft, eine Möglichkeit zur
267 gesellschaftlichen Teilhabe. DIE LINKE unterstützt alternative Wohnprojekte und Jugendzentren.

268 Räume für niedrigschwellige und unkommerzielle Kunst und Kultur müssen erhalten bleiben und
269 neue geschaffen werden. Sind solche Räume durch Kapitalinteressen bedroht, muss der Bezirk
270 stärker als vorher Nutzungsänderungen, wie etwa Umbau oder Umwidmung in Büroräume,
271 untersagen.

272 Der öffentliche und halböffentliche Raum muss auch für obdachlose Menschen offenstehen. Diese
273 dürfen nicht durch die zunehmende Geltung von Privatrecht, etwa rund um S-Bahnhöfe, verdrängt
274 werden. Für obdachlose Menschen, aber auch für alle Nutzer*innen des Bezirks, muss der
275 öffentliche Raum in Neukölln Möglichkeiten zum Aufenthalt bieten, die nicht an Konsum gekoppelt
276 sind. Dies erfordert etwa das Aufstellen öffentlicher Toiletten und Wasserspender in ganz
277 Neukölln.

278 Die LINKE. Neukölln fordert einen öffentlichen Raum und Raumnutzungen, die für alle Menschen
279 und besonders für marginalisierte Gruppen offenstehen. Wir setzen uns für einen barrierefreien
280 Bezirk ein. Die Belange von Menschen mit Behinderungen müssen bei allen Entscheidungen
281 stärker beachtet werden. Dies betrifft unter anderem die bauliche Ausstattung des öffentlichen
282 Raums sowie öffentlicher Gebäude.

283 Neben den für alle nutzbaren Räumen müssen auch (Schutz-)Räume für FLINT-Personen
284 (Frauen, Lesben, Intersexuelle Personen, Nicht-binäre Personen, Transsexuelle Personen) und
285 die LGBTIQ* Community (Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer) sowie für von rassistischer
286 Diskriminierung betroffene Gruppen gefördert werden.

287 **Umverteilung und Neubau von Wohnraum**

288 Um Wohnraum für alle Neuköllner*innen zu schaffen, ist auch ein Neubau von leistbaren
289 Wohnungen notwendig. Zunächst gilt es jedoch, den vorhandenen Wohnraum gerechter zu
290 verteilen. Viele Wohnungen in Neukölln stehen absichtlich leer und dienen als reines
291 Spekulationsobjekt der Eigentümer*innen. Die Wohnfläche pro Person hängt stark vom
292 Haushaltseinkommen ab. Während Besserverdienende große Wohnungen anmieten können, wird
293 die Verzweiflung armer und marginalisierter Wohnungssuchender durch eine Überbelegung von
294 Wohnungen ausgenutzt. Wohnungen in beliebten Gegenden werden als Ferienwohnungen
295 vermietet. Solchen Entwicklungen muss durch eine konsequente Wohnungsaufsicht und die
296 entschiedene Anwendung des Zweckentfremdungsverbotes entgegengewirkt werden. Um die
297 Vermietung als Ferienwohnungen effektiver zu kontrollieren, fordert DIE LINKE. Neukölln mehr
298 Personal im Wohnungsamt und strikte Sanktionierung von unerlaubter Vermietung. Bei
299 anhaltendem Leerstand, Zweckentfremdungen oder unhaltbaren Wohnbedingungen müssen
300 Wohnungen durch eine Beschlagnahmung der Immobilien für die Nutzung zurückgewonnen
301 werden.

302 Neu gebaut werden soll vorzugsweise durch die kommunalen Wohnungsgesellschaften. Hier
303 sollen Langlebigkeit, ökologisch verträgliche und energiesparende Bauweise Priorität erhalten, um

304 den kommunalen Wohnungsbestand nachhaltig zu vergrößern. Mittelfristig müssen die
305 kommunalen Wohnungsgesellschaften demokratisiert werden. Zu unterstützen sind auch
306 Genossenschaften, die langfristig günstige Mieten garantieren. Um auch Menschen mit geringen
307 Einkommen das genossenschaftliche Wohnen zu ermöglichen, soll ein bezirklicher Fonds
308 geschaffen werden, der in Notfällen Einlagen und Kautionen übernehmen kann. Private
309 Bauherr*innen müssen sich an soziale und ökologische Standards halten.

310 Jeder Bezirk ist für sich genommen eine Großstadt und muss eigene Flächen und Objekte
311 selbstständig entwickeln können. Deshalb sollen die Bezirke kommunale Bauhütten schaffen, um
312 sich unabhängiger von privaten Baufirmen zu machen.

313 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 314 • Mietendeckel verteidigen und durchsetzen, ausreichend Personal einstellen
- 315 • Deutsche Wohnen & Co enteignen: Dem Mietenwahnsinn ein Ende bereiten!
- 316 • Milieuschutz ausweiten: In ganz Neukölln das Vorkaufsrecht verbessern, Modernisierungen zum
317 Zweck der Mieterhöhung untersagen
- 318 • Energetische Modernisierungen warmmietenneutral: Berlins Gebäude energetisch ertüchtigen,
319 aber nicht auf Kosten der Mieter*innen!
- 320 • Öffentliche Flächen dürfen nicht verkauft, sondern höchstens in Erbpacht überlassen werden
- 321 • 100% THF: Das Tempelhofer Feld bleibt unbebaut!
- 322 • Keine Deals mit Investor*innen! Wohnortnahe Versorgung sicherstellen
- 323 • Alternative Räume schützen: Nichtkommerziell genutzte Räume und Schutzräume müssen
324 erhalten und verteidigt werden!
- 325 • Barrierefreiheit ausbauen: Jeder muss sich im öffentlichen Raum frei bewegen können
- 326 • Gewerbliche Ferienvermietung bekämpfen: Das Zweckentfremdungsverbotsgesetz muss
327 konsequent angewendet werden!
- 328 • Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften beim Neubau bevorzugen,
329 fünfzig Prozent Sozialwohnungsquote für private Bauherr*innen
- 330 • Die Mieter*innen entscheiden: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften demokratisieren!
- 331 • Bezirke müssen selbst bauen können und benötigen dafür eigene Bauhütten!

332

333 **Mobilität, Umweltschutz und Klimagerechtigkeit**

334
335 Wir stecken mitten in einer globalen Klimakrise. Um sie zu überwinden, kämpft DIE LINKE für eine
336 ökologische Umgestaltung unseres Zusammenlebens. Wir müssen weg von einer kapitalistischen
337 Wirtschaftsweise, die Menschen und Lebewesen ausbeutet, Ressourcen erschöpft und den
338 Planeten zerstört. Auch in der Stadtpolitik können wir wichtige Schritte in diese Richtung gehen:
339 indem wir eine sozial-ökologische Verkehrswende voranbringen, indem wir Grünflächen erhalten
340 und entwickeln, und indem wir eine nachhaltige und demokratische Energieversorgung sichern.

341 **Soziale und ökologische Verkehrswende jetzt**

342 DIE LINKE steht für gerechte Verhältnisse auf unseren Straßen. Wir benötigen eine sozial-
343 ökologische Verkehrswende, die vor allem den öffentlichen Verkehr stärkt. Linke Verkehrspolitik
344 bedeutet Mobilität für alle bei insgesamt weniger Verkehr. DIE LINKE will das ÖPNV-Netz
345 ausbauen und erweitern, um Platz für neue Fahrgäste zu schaffen. Wenn zukünftig weniger
346 Menschen ihr Auto benutzen sollen, müssen vor allem die Alternativen vorgebracht werden. Die
347 Beschäftigten bei Bus und Bahn unterstützen wir bei ihren Kämpfen um gerechte Bezahlung und
348 gute Arbeitsbedingungen. Sie bringen die Verkehrswende voran. Um eine demokratisch gestaltete
349 soziale und ökologische Entwicklung zu sichern, gehören Infrastruktur und Betrieb des
350 Nahverkehrs in öffentliche Hand.

351 DIE LINKE. Neukölln fordert die Senkung der Ticketpreise bis hin zum Nulltarif. Die
352 Verkehrswende muss sozial gerecht finanziert werden. Um den Ausbau des ÖPNV und die
353 Senkung der Ticketpreise zu finanzieren, müssen die Mittel im Landeshaushalt massiv aufgestockt
354 werden und eine Nahverkehrsabgabe für alle in Berlin ansässigen Unternehmen eingeführt
355 werden. Unsoziale Finanzierungsmodelle wie die City-Maut oder die Parkraumbewirtschaftung
356 lehnt DIE LINKE. Neukölln ab. Solche Bezahlmodelle ermöglichen es nämlich Menschen mit mehr
357 Geld, sich das Recht auf Verschmutzung zu erkaufen. Ärmere Menschen werden überproportional
358 belastet. Das ist nicht gerecht.

359 **Vorrang für ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger*innen**

360 Berlins Verkehrsverhältnisse sind ungerecht. Bus und Bahn sind viel zu teuer und decken die Stadt
361 nicht gleichmäßig ab. Menschen mit niedrigen Einkommen werden so von Mobilität
362 ausgeschlossen. Gleichzeitig beanspruchen die Autos in den Städten zu viel Platz. DIE
363 LINKE. Neukölln will den Autoverkehr in der Innenstadt massiv verringern, um Platz zu schaffen für
364 ÖPNV, Fahrradwege und Fußgänger*innen. Wenn viele Menschen täglich die gleichen Wege
365 zurücklegen, ist sinnvoll, dass sie dies gemeinsam tun, anstatt sich gegenseitig im Stau zu
366 blockieren – also im ÖPNV. Daran ändern auch Elektro-Autos nichts. Bei Unfällen in der Stadt
367 kommen meist nicht die Insass*innen der Autos zu Schaden, sondern Menschen, die zu Fuß oder
368 auf dem Rad unterwegs sind. An Hauptverkehrsstraßen mit hoher Abgasbelastung leben häufig

369 Menschen, die sich selbst gar kein Auto leisten können, weil nur dort die Mieten für sie noch
370 bezahlbar sind. Berlins Straßen dienen aber nicht nur dem Verkehr, sie sind ein wichtiger Teil
371 unseres Lebensumgebung. Deshalb müssen sie so gestaltet werden, dass sie für alle sicher sind.
372 Die „Vision Zero“ – keine Toten und Schwerverletzten im Verkehr – ist erreichbar, wenn
373 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen mehr Platz und sichere Wege bekommen und die
374 Geschwindigkeit der Autos reduziert wird.

375 **Eine S-Bahn für alle**

376 Die S-Bahn ist das Herzstück des Berliner Nahverkehrs und damit auch der sozial-ökologischen
377 Verkehrswende in Berlin. Um sie im Sinne von Beschäftigten, Fahrgästen und Klima
378 weiterzuentwickeln und auszubauen, gehört sie in öffentliche Hand. Die derzeitige Ausschreibung
379 der S-Bahn, bei der eine Zerschlagung des Netzes und die Übernahme des Betriebs durch private
380 Unternehmen droht, lehnen wir daher ab. Eine Privatisierung würde eine radikale
381 Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bedeuten. Statt in sozial-ökologischen Umbau und
382 gerechte Arbeitsverhältnisse investiert zu werden, würden Profite von Privaten abgeschöpft. Die
383 Stadt Berlin muss die S-Bahn daher selbst betreiben und weg von der Profitlogik. Das geht
384 entweder über den Aufbau einer landeseigenen Gesellschaft oder über einen Einstieg des Landes
385 in die derzeitige Betreiberin, die Bahn-Tochter S-Bahn GmbH.

386 **Ein Verkehrsplan für Neukölln**

387 Auch in Neukölln muss der ÖPNV ausgebaut und der Ausbau des Radwegenetzes vorangebracht
388 werden. Dazu muss Neukölln endlich an das Berliner Straßenbahnnetz angeschlossen werden.
389 Höchste Priorität haben dabei die „Südtangente“, die Schöneweide, Gropiusstadt und Buckow
390 verbindet, die Verlängerung der M10 von der Warschauer Straße zum Hermannplatz sowie eine
391 Tram auf der Sonnenallee, um den völlig überlasteten M41-Bus zu ersetzen. Außerdem fordern wir
392 die Einrichtung eines Regionalbahnhaltepunktes am S+U-Bahnhof Neukölln auf den bestehenden,
393 kaum genutzten Gütergleisen, um den Bezirk auch überregional besser anzubinden.

394 Die Verlängerung der U8 über S+U Hermannstraße hinaus soll geprüft werden. Ein Großteil von
395 Britz und Buckow Süd ist nur durch Busse erschlossen. Der Knotenpunkt Hermannstraße ist
396 überlastet. Die U7 sollte verlängert und hinter der Stadtgrenze oberirdisch in den S- und
397 Regionalbahnhof Schönefeld eingefädelt werden. Der Weiterbau der A100 durch Neukölln war ein
398 Fehler. Er verschlingt Milliarden und bringt die sozial-ökologische Verkehrswende keinen Schritt
399 weiter. Unter keinen Umständen darf eine Baufortsetzung über die Anschlussstelle Treptower Park
400 hinaus erfolgen. Die Eisenbrücke muss gerettet werden!

401 Wir setzen uns für zwei Meter breite geschützte Radwege an allen Hauptverkehrsstraßen ein.
402 Dies muss schnell geschehen, zunächst provisorisch als Pop-Up-Radwege. Schritt für Schritt
403 können diese dann fest eingerichtet werden. Der Pop-Up-Test ermöglicht es, Fehler wie bei der
404 Umgestaltung der Karl-Marx-Straße zu vermeiden. Oberste Priorität haben die Hermannstraße und

405 die Sonnenallee, in denen die Verkehrssituation unerträglich und lebensgefährlich ist. Beim
406 Radwegeausbau müssen auch stadtpolitische Initiativen wie zum Beispiel das Netzwerk
407 Fahrradfreundliches Neukölln einbezogen werden. Weitere Fahrradstraßen und Radschnellwege
408 müssen eingerichtet werden. DIE LINKE. Neukölln unterstützt und fördert
409 Anwohner*inneninitiativen wie „Hermannstraße für Alle“ im Kampf für gerechte Verhältnisse im
410 öffentlichen Raum.

411 **Pflege und Ausbau der Grünflächen**

412 DIE LINKE setzt sich für nachhaltige Bebauung und den Erhalt und die Neueinrichtung von
413 Grünflächen ein. Zu lebenswerten Wohnvierteln gehört eine ausreichende Versorgung mit
414 Grünflächen und Parks. Sie dienen neben der Erholung auch als Biotopverbund und haben eine
415 wichtige Klimafunktion. Ihr Bestand darf nicht gegen Neubauvorhaben ausgespielt werden. Der
416 dichtbesiedelte Neuköllner Norden braucht zusätzlich dezentrales wohnungsnahes Grün und
417 weitere Kinderspielplätze. Dabei müssen alle Parks in Neukölln – auch der Britzer Garten –
418 kostenlos zugänglich sein. Die künftige Entwicklung des Tempelhofer Feldes als überbezirkliche
419 Grün- und Erholungsfläche soll mit engagierten Bürger*innen erarbeitet werden. Eine Bebauung ist
420 für DIE LINKE ausgeschlossen und nicht verhandelbar. Das ganze Areal soll frei und ohne Zaun
421 zugänglich sein.

422 Die Aufgaben des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Naturschutz müssen rekommunalisiert
423 werden. Die Anlage und Pflege der öffentlichen Grünflächen ist eine Bezirksaufgabe und soll nicht
424 von GrünBerlin oder anderen GmbHs übernommen werden.

425 Gemeinschaftliche Projekte wie die Prachttomate oder der Prinzessinnengarten fördern nicht nur
426 nachbarschaftlichen Zusammenhalt, sondern sind auch Vorbild für eine ökologische Zukunft. Sie
427 müssen erhalten und gefördert werden. Innovative Begrünungskonzepte von Häusern sollen
428 eingesetzt werden, um die Luftqualität zu steigern und Häuser auf natürliche Art und Weise zu
429 dämmen.

430 Um die notwendige Versorgung der Stadt mit Kalt- und Frischluft zu garantieren, müssen die
431 Grünstübe vom Tempelhofer Feld über den Richardplatz in Richtung Treptower Park erhalten
432 werden. Gleiches gilt für die Nord-Süd-Grünstübe von der Hasenheide über den Britzer Garten bis
433 zur Stadtgrenze sowie entlang des Teltow-Kanals. Friedhöfe (v.a. rund um die Hermannstraße)
434 und innerstädtische Kleingartenanlagen sollen grundsätzlich erhalten bleiben und dürfen nur in
435 Ausnahmefällen sozialer Infrastruktur weichen.

436 **Ökologische Energieversorgung**

437 DIE LINKE fordert den Ausstieg aus Kohleabbau und Atomenergie. Um die Abhängigkeit von
438 fossilen Energieträgern zu verringern, müssen wir auch lokal auf Solar- und Windenergie
439 umstellen. Für den Umstieg auf ökologisch tragfähige Konzepte ist eine Energieversorgung in
440 öffentlicher Hand notwendig. DIE LINKE. Neukölln unterstützt das Anliegen des Berliner

441 Energietisches, der für eine Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung kämpft. In
442 der Bezirksverordnetenversammlung haben wir erwirkt, dass die Aufstellung von
443 Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und Schulen durch die Berliner Stadtwerke geprüft
444 wird. Denn die Energieversorgung darf nicht Profitinteressen dienen, sondern muss sozial gerecht,
445 ökologisch und demokratisch gestaltet werden.

446 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 447 • Unsere E-Mobilität heißt Straßenbahn: Anschluss Neuköllns an das Straßenbahnnetz, U7 und
448 U8 verlängern!
- 449 • Radwege überall: Jede Hauptverkehrsstraße braucht einen sicheren Radweg!
- 450 • Umstieg vom Auto auf kollektiven Verkehr: ÖPNV stärken und ausbauen
- 451 • Bezahlmodelle sind der falsche Weg: Nein zur Parkraumbewirtschaftung und City-Maut!
- 452 • Eine S-Bahn für alle! Keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn auf Kosten von
453 Beschäftigten und Fahrgästen!
- 454 • Gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei Bus und Bahn!
- 455 • Wohnungsbau und Grünflächen nicht gegeneinander ausspielen: Das Tempelhofer Feld,
456 innerstädtische Kleingartenanlagen und die Friedhöfe müssen erhalten bleiben!
- 457 • Aufgaben des Grünflächenamts rekommunalisieren: Neukölln muss mehr in die Pflege, den
458 Erhalt und den Ausbau von Grünflächen investieren
- 459 • Ausreichende Versorgung mit Grünflächen und Parks sicherstellen: Sie haben eine wichtige
460 Klimafunktion und dienen der Erholung der Neuköllner*innen
- 461 • Kaltluftschneisen erhalten: damit die Stadt nicht überhitzt
- 462 • Zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen: Ob Tempelhofer Feld oder
463 Prinzessinnengärten - wir unterstützen Bürger*innen beim Erhalt und der Entwicklung unserer
464 Grünflächen
- 465 • Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung jetzt! Für eine sozial gerechte,
466 ökologische und demokratische Energiepolitik!
- 467

468 **Gute Finanzierung für öffentliche Aufgaben**

469
470 Kommunen und Bezirke sind unterfinanziert. Während die Reichen reicher werden, fehlt das Geld
471 für Schwimmbäder, Schulen und Krankenhäuser. Die von CDU, SPD, FDP und Grünen
472 unterstützte Schuldenbremse schränkt staatliches Handeln massiv ein und führt bei einem
473 wirtschaftlichen Abschwung zu Kürzungen bei der Daseinsvorsorge. DIE LINKE kämpft für die
474 Umverteilung des vorhandenen Reichtums von oben nach unten. Sie setzt sich ein für die
475 Millionärssteuer, für die deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes
476 sowie für eine Finanztransaktionssteuer. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wollen
477 wir steuerlich entlasten. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die öffentliche
478 Daseinsvorsorge erhalten und ausgebaut werden kann. Dazu gehört auch ausreichend Personal in
479 den Ämtern, um eine bürger*innennahe Verwaltung gewährleisten zu können.

480 **Genug Geld für Neukölln**

481 DIE LINKE fordert für Neukölln einen Bezirkshaushalt, der ausreichend Mittel aufweist, um unter
482 anderem:

- 483 • alle bestehenden Sozial-, Kultur-, Sport, Senior*innenfreizeit-, Kinder- und Jugendeinrichtungen
484 und ähnliche Angebote zu finanzieren und auszubauen,
- 485 • Kindertagesstätten und Schulen zu renovieren und zusätzliches pädagogisches Personal
486 einzustellen,
- 487 • Parks, Grünanlagen und Kinderspielplätze zu pflegen und zu entwickeln,
- 488 • öffentlichen Gebäude, Straßen und Wege instand zu setzen und zu bewahren,
- 489 • deutlich mehr Personal einzustellen, um gute öffentliche Dienstleistungen zu gewährleisten und
490 die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu senken,
- 491 • grundsätzlich Kürzungen der sozialen Leistungen ausschließen zu können.

492 Mit den dem Bezirk derzeit zur Verfügung stehenden Geldern können in Neukölln nur mit Mühe die
493 Pflichtaufgaben (zum Beispiel die Gehälter der Beschäftigten, das Wohngeld, die Sozialhilfe und
494 Hilfen zur Erziehung) erfüllt werden. DIE LINKE. Neukölln fordert, dass Mehrausgaben in diesen
495 Bereichen komplett vom Land Berlin übernommen werden. DIE LINKE will deutlich höhere und
496 stabile Zuweisungen des Landes an die Bezirke. Die Bezirke benötigen eine angemessene und
497 aufgabengerechte Finanzierung. Alle Bezirke sollen zunächst jeweils zusätzlich jährlich 7,5
498 Millionen Euro erhalten.

499 **Gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben**

500 In Berlin werden häufig Aufgaben der Verwaltung ausgeschrieben und an Agenturen und
501 privatrechtlich organisierte Unternehmen vergeben. Dadurch schlagen private Firmen Profite aus

502 öffentlichen Aufgaben. Zudem führt die Auslagerung von Aufgaben dazu, dass grundlegende
503 Kompetenzen in den Verwaltungen verloren gehen und sie bedeutet den Beginn einer
504 Abwärtsspirale, an deren Ende Berlin von Unternehmen verwaltet wird. DIE LINKE. Neukölln
505 wendet sich gegen jede Form der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben. Statt Aufgaben extern
506 auszuschreiben, muss mehr Personal eingestellt und eine Ausbildungsoffensive in der Verwaltung
507 gestartet werden. Partnerschaften mit profitorientierten Unternehmen lehnt DIE LINKE ab. Bei der
508 Zusammenarbeit mit gemeinnützigen freien Trägern muss eine regelmäßige Kontrolle dieser
509 Träger erfolgen und die jeweiligen Zielgruppen müssen in die Bewertung mit einbezogen werden.
510 Träger, die gute Arbeit machen, brauchen eine sichere Finanzierung, mit der sie planen können.
511 DIE LINKE setzt sich für eine Verwaltung ein, die mit einer ausreichenden Zahl an
512 Mitarbeiter*innen in der Lage ist, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung eigenständig zu
513 bewältigen.

514 **Bürger*innennahe Verwaltung und Digitalisierung**

515 Lange Wartezeiten und Einschränkung vieler Angebote: Wegen des Personalmangels kann die
516 Neuköllner Verwaltung ihre Aufgaben kaum erfüllen. DIE LINKE. Neukölln will eine Verwaltung im
517 Bezirk, die für die Bürger*innen da ist. Dazu gehört neben der Einstellung von mehr Personal ein
518 Konzept, wie die Verwaltung besser auf die Lebensrealitäten im Bezirk eingehen kann. Ein
519 durchgängig mehrsprachiges Angebot aller wichtigen Informationen steht hier an erster Stelle. DIE
520 LINKE unterstützt Vorstöße, Vorgänge und Services mithilfe von Digitalisierung niedrigschwelliger
521 und effektiver zu gestalten. Digitalisierung darf aber nie eine Ausrede für Personalabbau,
522 Privatisierung oder Überwachung der Bürger*innen sein!

523 Die Nutzung des Internets ist heutzutage eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.
524 Deshalb fordert DIE LINKE. Neukölln den Ausbau des kostenlosen WLAN-Netzes. In Neukölln
525 muss ein leistungsfähiges Netzwerk an relevanten Standorten existieren, die allen den Zugang zu
526 digitalen Angeboten ermöglicht.

527 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 528 • Neukölln ausreichend finanzieren: Weg von der Mangelwirtschaft, hin zu massiven Investitionen
- 529 in die Daseinsvorsorge!
- 530 • Schluss mit Privatisierung und Ausschreibung öffentlicher Aufgaben!
- 531 • Ein bürger*innennahe Verwaltung ohne lange Wartezeiten
- 532 • Ausbau des kostenlosen WLAN-Netzes

533

534 **Gute Arbeit und Kampf gegen Armut**

535

536 Fast drei Millionen Menschen sind in Deutschland derzeit ohne sozialversicherungspflichtige
537 Beschäftigung. Jede*r Fünfte arbeitet im Niedriglohnsektor. Jetzt trifft die Corona-Krise viele
538 Beschäftigte: Gastronomiebetriebe schließen oder entlassen Personal, mit dem Kurzarbeitergeld
539 kommen vor allem Geringverdienende kaum über die Runden, Solo-Selbstständigen brechen
540 Aufträge weg, Kulturschaffende sorgen sich um ihre berufliche Existenz. In Neukölln waren schon
541 vor der Krise rund ein Viertel der Menschen abhängig von staatlichen Transferleistungen wie
542 Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Wohngeld. 27,4 Prozent der Neuköllner*innen sind
543 armutsgefährdet – mehr als in jedem anderen Bezirk. Allein die offizielle Erwerbslosenquote lag im
544 April 2020 in Neukölln bei rund 14 Prozent und ist mit Abstand die höchste in Berlin. Durch Corona
545 ist diese Quote in Neukölln im August 2020 auf 16 Prozent gestiegen.

546 **Gute Arbeit und guter Lohn**

547 DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede
548 Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Unabhängig von Geschlecht und Erwerbsstatus muss
549 gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn
550 in Höhe von gegenwärtig mindestens 13 Euro pro Stunde.

551 DIE LINKE hat in Berlin mit dem Vergabegesetz durchgesetzt, dass öffentliche Aufträge nur an
552 Unternehmen vergeben werden, die wenigstens Mindestlohn zahlen. DIE LINKE fordert ein
553 gesetzliches Verbot von Leiharbeit und unterstützt gewerkschaftliche Kampagnen gegen Leih- und
554 Zeitarbeit. Bei Tariffbewegungen steht DIE LINKE solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Der
555 Kündigungsschutz muss verbessert und Befristungen müssen gesetzlich stark eingeschränkt
556 werden. Ein-Euro-Jobs und Beschäftigungsmaßnahmen müssen in reguläre
557 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden und dürfen nur auf Basis
558 der Freiwilligkeit angeboten werden. Es muss durchgesetzt werden, dass öffentlich geförderte
559 Tätigkeiten reguläre Arbeitsverhältnisse nicht ersetzen. DIE LINKE. Neukölln will, dass der
560 öffentliche Dienst Berlins baldmöglichst wieder bundeseinheitliches Tarifniveau erreicht.

561 Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – DIE LINKE streitet für ein Neues
562 Normalarbeitsverhältnis: Arbeit, die zum Leben passt, statt Druck und Alltagsstress. Die
563 Arbeitszeiten müssen bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. Bei all diesen Kämpfen steht DIE
564 LINKE an der Seite der Gewerkschaften. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung
565 und Pflege muss verbessert werden. Gute Arbeit für alle erfordert eine erweiterte Mitbestimmung
566 der Beschäftigten.

567 Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss zurückgenommen werden. Durch die
568 Rentenkürzungspolitik des letzten Jahrzehnts werden immer mehr Rentner*innen in Armut leben
569 müssen. DIE LINKE fordert eine Mindestrente von 1200 Euro, um auch im Alter armutsfrei leben

570 zu können, und die Rückkehr zur dynamischen Rente ohne Kürzungsfaktoren, die direkt und ohne
571 Abzüge an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gekoppelt ist und zumindest einen
572 Inflationsausgleich leistet.

573 **Langzeiterwerbslosigkeit bekämpfen**

574 Eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive für die Beschäftigten in der öffentlichen
575 Verwaltung sowie für Erwerbslose soll insbesondere den vielen Langzeiterwerbslosen neue
576 Perspektiven eröffnen: in Verwaltung, Kitas, Schulen oder Krankenhäusern. Unser Ziel ist die
577 Integration von mindestens zwanzig Prozent der Neuköllner Langzeiterwerbslosen in neu
578 geschaffene Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes. Auch für Beschäftigte, die durch
579 Schließungen ihre Arbeit verlieren, wie etwa bei Karstadt, müssen neue Perspektiven geschaffen
580 werden.

581 Das Bezirksamt muss dringend mehr Stellen schaffen, zum Beispiel durch die
582 Rekommunalisierung der Schulreinigung. Mit einem Bürger*innenbegehren hat die Initiative Schule
583 in Not einen Beschluss zur Rekommunalisierung der Schulreinigung in Neukölln herbeigeführt.
584 Hierzu müssten ca. 200 Stellen in der Reinigung geschaffen werden. DIE LINKE. Neukölln setzt
585 sich für eine rasche Umsetzung des Beschlusses ein und prüft, welche weiteren Bereiche
586 rekommunalisiert werden können.

587 Die LINKE. Neukölln will durch diese Maßnahmen einen spürbaren Abbau der
588 Langzeiterwerbslosigkeit erreichen und auch brachliegende Fähigkeiten und Fertigkeiten von
589 Erwerbslosen zur Verbesserung des Dienstleistungsangebotes des öffentlichen Dienstes nutzen.

590 Das Bezirksamt und die Neuköllner Betriebe müssen mehr ausbilden, auch in
591 Ausbildungsverbänden. Betriebe, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsabgabe zahlen. In
592 den letzten Jahren wurden vom Bezirksamt selbst sogar weniger Ausbildungsplätze angeboten,
593 obwohl der Personalbedarf gestiegen ist. Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationsgeschichte
594 soll mindestens dem Anteil dieser Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung Neuköllns
595 entsprechen.

596 **Kampf gegen Hartz-IV – Neukölln sanktionsfrei**

597 Die Hartz-IV-Regelsätze müssen umgehend auf ein bedarfsgerechtes Niveau angehoben werden.
598 Unser Ziel bleibt es, Hartz IV abzuschaffen und durch eine sanktionsfreie, individuelle
599 Mindestsicherung in Höhe von 1200 Euro zu ersetzen, damit Betroffene auch ohne Erwerbsarbeit
600 in Würde leben können. Die unsozialen Zumutbarkeitsregelungen sind zu streichen, Sanktionen
601 sind abzulehnen, besonders die verschärften Sanktionsregeln für unter 25-Jährige. DIE
602 LINKE. Neukölln fordert ein Pilotprojekt zur Aussetzung der Sanktionen in Neukölln, was bisher in
603 der Neuköllner BVV von der SPD verhindert wird.

604 Den Menschen in Neukölln, die in insgesamt rund 40.000 Bedarfsgemeinschaften leben, fühlt sich
605 DIE LINKE besonders verpflichtet. Der Mangel an Arbeitsplätzen zwingt viele von ihnen zum

606 Jobcenter. Dort machen viele Betroffene sehr schlechte Erfahrungen und klagen über
607 unfreundliches, überlastetes Personal und fehlerhafte Bescheide. Der von der Bundesagentur für
608 Arbeit ausgehende Druck – zum Beispiel in Form von willkürlichen Etatkürzungen des Jobcenters
609 – wird nach unten weitergegeben. Die Beschäftigten im Jobcenter sollten hinreichend ausgebildet
610 sein, um sach- und fachgerecht arbeiten zu können. Repressionen sind abzulehnen. DIE
611 LINKE. Neukölln will die Position der Menschen gegenüber dem Amt stärken und ihnen einen
612 Umgang in Würde ermöglichen. Sie fordert, dass das Jobcenter seiner gesetzlichen Verpflichtung
613 zur Leistungsgewährung gegenüber allen Anspruchsberechtigten in Höhe des wirklichen Bedarfs
614 für Lebensunterhalt und Wohnung nachkommt, damit Leistungen gar nicht erst vor dem
615 Sozialgericht eingeklagt werden müssen. Zur Vermeidung von Schuldenfalle und Wohnungsverlust
616 hat die Bearbeitung der Anträge ohne Verzögerung zu erfolgen.

617 **Soziale Benachteiligung abfedern**

618 Während der Corona-Krise wurde erneut deutlich, dass viele Schüler*innen aus armen Familien
619 signifikant benachteiligt waren, weil sie keinen Zugang zum Internet oder keine digitalen Endgeräte
620 haben. Deshalb fordert DIE LINKE. Neukölln, dass Kosten für digitale Endgeräte im
621 Zusammenhang mit Schule und Bildung vom Jobcenter übernommen werden. Auch ältere
622 Menschen müssen bei Erwerb und Anwendung von digitalen Endgeräten unterstützt werden.

623 Der Berlin-Pass inklusive des Berliner Sozialtickets muss fortgesetzt werden und soll auch jenen
624 zur Verfügung stehen, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegen oder die
625 Bedarfsgrenzen nur knapp übersteigen. Dieser Personenkreis sowie Wohngeldbeziehende sollen
626 ebenfalls generell von den GEZ-Gebühren befreit werden. Das Sozialticket soll auf den Bereich C
627 ausgeweitet werden, damit prekär Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit nicht draufzahlen und
628 auch Transferbeziehende die Naherholungsgebiete im Bereich C ohne zusätzliche Fahrtkosten
629 nutzen können.

630 **Kampf gegen Obdachlosigkeit**

631 Zwangsräumungen, die zur Verdrängung von Mieter*innen führen, will DIE LINKE verhindern. Es
632 darf nicht in die Wohnungslosigkeit geräumt werden. Für Menschen, die ihre Wohnung verloren
633 haben, muss es in Neukölln ausreichend Unterstützung geben. Gerade zu Beginn der Corona-
634 Pandemie hat sich gezeigt, dass die Angebote für obdachlose Menschen in nur nachts geöffneten
635 Notübernachtungen sowie die bezirkliche Unterbringung wohnungsloser Menschen in Pensionen
636 mit Mehrbettzimmern unzureichend sind. Unterkünfte müssen in ausreichender Anzahl, das
637 gesamte Jahr und auch tagsüber Schutz, Privatsphäre und Versorgungsmöglichkeiten bieten.
638 Gleichzeitig müssen direkt in diesen Unterkünften Möglichkeiten zum Überwinden verschiedener
639 Problemlagen zur Verfügung stehen: dies umfasst Beratungsangebote, die sich sozialen,
640 psychischen und Suchtproblemen widmen. Das Bezirksamt Neukölln muss in Unterkünften und

641 Tageseinrichtungen für obdach- und wohnungslose Menschen zudem Anlaufstellen für die weitere
642 Unterbringung und Wohnungsvermittlung schaffen.

643 Insgesamt ist allerdings ein Strategiewechsel im Umgang mit Obdach- und Wohnungslosigkeit in
644 Berlin notwendig. Statt weiterer Massenunterkünfte oder teurer Niedrigstandard-Pensionen (sie
645 kosten bis zu 40 Euro pro Nacht), die kaum Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentfaltung bieten,
646 sollte der Bezirk Neukölln Wohnungen akquirieren und an wohnungslose Menschen vergeben –
647 „Housing First“! Das geschützte Marktsegment, in dem wohnungslose Personen eine Wohnung
648 erhalten können, ist viel zu klein und von starker Konkurrenz bestimmt. Auch die landeseigenen
649 Wohnungsgesellschaften sowie private Vermieter*innen müssen darum in höherem Maß zur
650 Unterbringung wohnungsloser Personen verpflichtet werden. Auch nach dem Überwinden der
651 Wohnungslosigkeit müssen diesen Menschen Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung
652 stehen.

653 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 654 • Hartz IV muss weg: sanktionsfreie Mindestsicherung jetzt!
- 655 • Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive: der Bezirk muss Vorreiter sein bei der Ausbildung
656 und guten Beschäftigungsbedingungen
- 657 • Neukölln sanktionsfrei: das Jobcenter Neukölln soll in einem Pilotprojekt auf Sanktionen
658 verzichten
- 659 • Armut verhindern: die Schuldner- und Insolvenzberatungen im Bezirk ausreichend finanzieren,
660 eine unabhängige Sozialberatung garantieren und den Berechtigten bekannt machen
- 661 • Kein Wohnungsverlust wegen Mietschulden: personelle Aufstockung beim Wohngeldamt jetzt!
- 662 • Schluss mit Zwangsräumungen!
- 663 • Wohnungen für Obdachlose: das Angebot an Wohnungen im geschützten Marktsegment
664 ausbauen

665

666 **Gesundheitspolitik**

667

668 Einsparungen und Reformen haben in den letzten Jahren die Gesundheitsvorsorge und die
669 medizinische Versorgung der Bevölkerung in Neukölln verschlechtert. Die Arbeitsbedingungen in
670 der Kranken- und Altenpflege sind für Beschäftigte und Patient*innen nicht zumutbar. Für DIE
671 LINKE ist Gesundheit keine Ware. DIE LINKE setzt sich ein für ein öffentliches Gesundheitswesen,
672 das bestmögliche Behandlung und Vorsorge vor Krankheiten unabhängig vom Geldbeutel und
673 wohnortnah ermöglicht. Das bedeutet eine deutliche Verbesserung der Bedingungen in der Pflege
674 durch 500 Euro mehr Grundgehalt und einen besseren Personalschlüssel. DIE LINKE fordert
675 außerdem die Abschaffung der Fallpauschalen und des Zwei-Klassen-Systems der
676 Krankenkassen.

677 Die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt, wie wichtig ein funktionsfähiges Gesundheitssystem ist.
678 Es ist allerhöchste Zeit, die Gesundheitsversorgung dauerhaft zu verbessern.

679 **Gesundheitsversorgung im Bezirk sicherstellen**

680 Die Corona-Pandemie hat den drastischen Personalmangel beim Gesundheitsamt des Bezirks
681 offengelegt. Doch auch außerhalb von Krisenzeiten führen Mittelkürzungen und personelle
682 Unterbesetzung zur Streichung von Leistungen und Beratungsangeboten. Es fehlt ein
683 differenziertes Informationsangebot auf Ortsteilebene, insbesondere für ältere Mitbürger*innen und
684 für Menschen mit Migrationshintergrund. Das Gesundheitsamt muss personell besser ausgestattet
685 werden, um im Krisenfall schnell reagieren zu können und im Normalfall ein umfangreiches
686 Informations- und Beratungsangebot vorhalten zu können.

687 DIE LINKE. Neukölln fordert die finanzielle und personelle Sicherung und den Ausbau des
688 öffentlichen Gesundheitsdienstes. Angebote der Gesundheitsvorsorge müssen vollständig
689 gewährleistet werden. Dezentrale Beratungsangebote, wie zum Beispiel die Familienzentren und
690 Suchtberatungsstellen müssen erhalten und ausgebaut werden, um niedrigschwellige Angebote zu
691 den Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung erweitert werden

692 In Neukölln gibt es zu wenig Ärzt*innen. Die Kassenärztliche Vereinigung gewährleistet keine
693 flächendeckende Versorgung mit Fach- und Hausärzt*innen. Hier muss der Bezirk den Aufbau
694 eigener Versorgungsstrukturen vorantreiben. Wegweisend ist die Einrichtung einer Poliklinik mit
695 angeschlossener Sozialberatung im Rollbergkiez durch das Gesundheitskollektiv Neukölln.

696 Häufig werden pflegende Angehörige nicht ausreichend unterstützt. Der Bezirk ist in der Pflicht,
697 pflegende Angehörige kultursensibel zu beraten und zu unterstützen. Mehr und bessere
698 Pflegeangeboten werden im Bezirk benötigt. DIE LINKE setzt sich für die Förderung von
699 altersgemischten Wohngemeinschaften und Demenz-Wohngemeinschaften sowie den Ausbau
700 staatlicher Pflegestützpunkte ein.

701 **Investitionen in das landeseigene Vivantes-Klinikum**

702 Nach jahrelanger Überlastung der Rettungsstelle des Vivantes Klinikums Neukölln wird jetzt in den
703 Ausbau der Rettungsstelle und weiterer Bereiche investiert. Für die Beschäftigten des
704 Krankenhauses haben sich die Bedingungen durch Personalabbau und Arbeitsverdichtung jedoch
705 verschlechtert. Durch bundesweite Kampagnen und Kämpfe der Pflegebeschäftigten konnten
706 zuletzt die Kosten der Pflege aus dem marktgesteuerten Finanzierungssystem herausgenommen
707 werden. DIE LINKE. Neukölln hat sich an der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren für
708 Gesunde Krankenhäuser beteiligt. DIE LINKE kämpft auch weiterhin gegen den Pflegenotstand
709 und tritt für eine Verbesserung des Personalschlüssels in der Pflege und eine angemessene
710 Bezahlung der Pflegekräfte ein. Investitionen in die Infrastruktur müssen erhöht werden. Jetzt
711 kommt es auch darauf an, einen besseren Personalschlüssel durch Neubesetzungen und
712 Ausbildungsoffensiven tatsächlich zu realisieren. Der Bezirk Neukölln soll sich für den Ausbau der
713 Vorbereitungskurse für Pflegeberufe einsetzen und sich bei Bedarf auch finanziell daran beteiligen.
714 Die LINKE. Neukölln steht an der Seite der Beschäftigten in den ausgegliederten Tochterfirmen
715 von Vivantes. Die durch die Gründung des landeseigenen Vivantes-Konzerns erfolgte
716 Rechtsformprivatisierung der städtischen Krankenhäuser war ein Fehler und ist rückgängig zu
717 machen. Sie ermöglichte den Aufbau einer Subunternehmerpyramide und Lohndumpings. Die 14
718 ausgegliederten Tochterfirmen sind wieder ins Unternehmen zurückzuführen. Für alle
719 Mitarbeiter*innen muss der Vivantes-Tarif gezahlt werden.

720 **Drogenpolitik: Beratung und Konsumräume ausbauen**

721 Das Drogenproblem in Neukölln kann durch eine Politik, die auf Repression setzt, nicht gelöst
722 werden. Denn diese führt höchstens zu Verdrängung und Verlagerung der Drogenszene. Eine
723 frühe Aufklärung über Sucht und Gesundheitsgefahren soll einen verantwortungsvollen Umgang
724 ermöglichen. Der kontrollierte Verkauf von Drogen soll legalisiert werden. Insbesondere auf
725 Initiative der LINKEN wurde in der Karl-Marx-Straße ein Drogenkonsumraum mit umfangreichem
726 Beratungsangebot eingerichtet. Auf unser Drängen hin konnten zuletzt die Öffnungszeiten
727 ausgeweitet werden. Dieses Angebot gilt es zu erweitern. Nur so kann erreicht werden, dass
728 Drogenkonsum nicht auf Spielplätzen und Bahnhöfen stattfindet.

729 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 730 • Pflegenotstand stoppen: ein besserer Personalschlüssel und 500 Euro mehr Grundgehalt in der
731 Pflege, Abschaffung des Fallpauschalensystems und der Zwei-Klassen-Medizin!
- 732 • Personelle Aufstockung im Gesundheitsamt! Sicherstellung der ambulanten Versorgung mit
733 Fachärzt*innen und Ausbau von Polikliniken!
- 734 • Pflegekräftemangel durch Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen bekämpfen

- 735 • Lohndumping und Ausgründungen im Gesundheitsbereich zurücknehmen und unterbinden!
- 736 • Beratungsangebote zur häuslichen Pflege und zur Gesundheitsvorsorge ausbauen
- 737 • Drogenkonsumräume und Suchtprävention ausbauen

738 **Politische Teilhabe und direkte Demokratie**

739

740 Ob beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld, dem Entscheid über die Zukunft der
741 Wasserbetriebe, beim Begehren des Energietischs oder dem Volksbegehren Deutsche Wohnen &
742 Co enteignen – die Berliner*innen haben immer wieder gezeigt, dass sie bei wichtigen
743 Entscheidungen mitbestimmen wollen. Die Mietenbewegung hat es geschafft, die Themen
744 bezahlbare Mieten und Vergesellschaftung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Doch die rot-
745 rot-grüne Koalition und insbesondere die SPD verzögert und blockiert immer wieder
746 Entscheidungen. Damit muss Schluss sein. DIE LINKE. Neukölln will, dass die Bürger*innen mehr
747 direkte Entscheidungen – auch gegen die Mehrheit in den Parlamenten – treffen können. Deshalb
748 ist DIE LINKE dafür, die Instrumente der direkten Demokratie zu vereinfachen und zu erweitern.
749 Denn DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in der Politik wie in allen
750 anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Und zwar im Bund, in Berlin und im Bezirk Neukölln.
751 Auf Landesebene hat DIE LINKE durchgesetzt, dass Volksbegehren zeitnah vom Senat geprüft
752 werden und zusammen mit Wahlen abgestimmt werden müssen. Außerdem gibt es nun eine
753 Kostenerstattung und eine höhere Verbindlichkeit von direktdemokratischen Initiativen auf
754 Bezirksebene.

755 In Neukölln wurde 2020 der erste bezirkswide Bürger*innenentscheid organisiert, damit die
756 Reinigung der Schulen in öffentliche Hand kommt – mit Erfolg. Jetzt muss der Entscheid auch
757 umgesetzt werden. Die letzten Monate und Jahre haben gezeigt: Oft wird von den regierenden
758 Parteien auch dann noch verzögert, wenn ein Entscheid erfolgreich war. Das muss aufhören – DIE
759 LINKE. Neukölln macht weiter Druck.

760 Gegenwärtig sind viele Neuköllner*innen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit von der Teilnahme an
761 Volksentscheiden und Wahlen ausgeschlossen. DIE LINKE fordert gleiche demokratische Rechte
762 für alle, die hier leben. Alle, die mindestens fünf Jahre hier wohnen, müssen an den Wahlen zu
763 den Bezirksverordnetenversammlungen, zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag teilnehmen
764 können. Dies gilt auch für die Teilnahme an Bürger*innen- und Volksentscheiden.

765 **Bürger*innenbeteiligung stärken, Verwaltung demokratisieren**

766 Die Möglichkeit für die Neuköllner Bevölkerung, sich an den Sitzungen der
767 Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zu beteiligen, soll ausgebaut werden. Alle Ausschüsse der
768 BVV sollen in der Regel öffentlich tagen.

769 Das Recht der Neuköllner*innen, Fragen an die BVV und das Bezirksamt zu stellen, soll
770 ausgebaut werden. Mit Einwohner*innenanträgen können Neuköllner*innen ihre Anliegen zur
771 Abstimmung in der Bezirksverordnetenversammlung stellen. Bürger*innenbegehren und
772 Bürger*innenentscheide sollen vereinfacht werden. Die Möglichkeiten, rechtlich verbindliche

773 Bürger*innenentscheide herbeizuführen, wollen wir verbessern. DIE LINKE. Neukölln unterstützt
774 Initiativen und Privatpersonen bei der Anwendung dieser Instrumente der direkten Demokratie.

775 DIE LINKE setzt sich für eine transparente und nachvollziehbare Verwaltung ein. Deshalb
776 unterstützt DIE LINKE. Neukölln den Volksentscheid Transparenz: Ämter und Behörden müssen
777 kostenlos über Verträge, Gutachten usw. Auskunft erteilen.

778 Den Bezirken sollen politische Gestaltungsspielräume wie beispielsweise beim Jobcenter, bei
779 Schwimmbädern und Krankenhäusern zurückgegeben werden. Die Berliner Bezirke haben die
780 Einwohner*innenzahlen von Großstädten. Deshalb sind weitere Entscheidungsbefugnisse vom
781 Land an die Bezirke zu verlagern. Das Bezirksamt soll stärker als bisher durch die BVV kontrolliert
782 werden können.

783 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 784 • Wahlrecht für alle, die hier leben!
- 785 • Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen auf Bezirksebene vereinfachen und ausweiten
- 786 • Bürger*innenentscheide müssen für das Bezirksamt verbindlich sein
- 787 • Kompetenzen der Bezirksämter gegenüber dem Land stärken

788

789 **Bildung**

790

791 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen.

792 Doch noch immer ist in Deutschland der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verbunden.

793 Das zeigt sich in besonderem Maße in Neukölln. Dieser negativen Entwicklung will DIE

794 LINKE. Neukölln durch Veränderungen in der Neuköllner Schullandschaft ein Ende setzen.

795 **Gemeinschaftsschulen ausbauen und zu Kiezzentren** 796 **weiterentwickeln**

797 Kern unserer Vorstellungen ist die flächendeckende Ausweitung der Ganztags- und

798 Gemeinschaftsschulen. Schule stellt einen zentralen Ort des Aufwachsens dar. Das trifft auf einen
799 Stadtteil, in dem mehr als die Hälfte der Schüler*innen von Armut betroffen oder bedroht ist,

800 besonders zu. Deswegen und weil Schulen heute mehr sein müssen und wollen als nur Orte des

801 ‚klassischen‘ Lernens, müssen sie in die Lage versetzt werden, den Kindern und Jugendlichen

802 weitreichende Angebote zu machen. Deshalb soll der Ausbau zu Ganztagschulen weiter

803 vorangetrieben werden. Hierbei ist besonders auf den Ausbau der Kapazitäten zur

804 Essensversorgung zu achten, die mit der überhasteten Einführung des beitragsfreien Mittagessens

805 nicht an allen Schulen gegeben ist.

806 Die bisherigen vier Gemeinschaftsschulen haben gezeigt, dass es ihnen besser gelingt, den

807 Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln und ihre Schüler*innen zu fördern. Deshalb

808 treten wir für die Umwandlung aller Sekundarschulen und Gymnasien in Gemeinschaftsschulen

809 ein. Ferner erwarten wir im Rahmen der Schulbauoffensive, dass alle neu zu bauenden Schulen

810 konzeptionell als Gemeinschaftsschulen errichtet werden. Dementsprechend fordert DIE

811 LINKE. Neukölln die Bildung einer weiteren Gemeinschaftsschule im Neuköllner Norden sowie

812 einer Gemeinschaftsschule in Rudow. Dieser Prozess kann über die Bildung von Schulverbänden

813 gestaltet werden, wie dieses bereits im Rahmen des Campus Rütli und des Campus Efeweg

814 erfolgt ist.

815 Schulnahe Kiezzentren für Schüler*innen, Lehrende, Eltern und die Nachbarschaft sollen

816 kulturellen, sozialen und demokratischen Initiativen einen Ort der Kommunikation und des

817 Zusammenarbeitens ermöglichen, weshalb DIE LINKE sich für die Stärkung und den Ausbau

818 dieser einsetzt. Bei nichtkommerziellen Veranstaltungen in Schulen sollen keine Gebühren vom

819 Bezirksamt für die Raumvergabe erhoben werden.

820 Schulstationen müssen weiter ausgebaut und dürfen in keinem Fall gekürzt werden. Hier hat sich

821 kaum etwas getan. Die Sozialarbeit an Schulen muss besser entlohnt werden.

822 **Inklusion und neue Lehrformen stärken**

823 Ein weiterer Pfeiler der demokratischen Bildung ist die Durchsetzung der inklusiven Schule, das

824 heißt der gemeinsame Unterricht aller Schüler*innen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer

825 Nationalität, ihrer Religion oder einer Behinderung. Eine verantwortungsbewusste Einführung der
826 Inklusion erfordert erhebliche personelle und bauliche Investitionen. Inklusion darf nicht als Chance
827 zum Geldsparen genutzt werden.

828 DIE LINKE. Neukölln fordert für unseren Bezirk die schrittweise Einführung der Inklusion, die vor
829 der Umsetzung die Schaffung der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung der
830 jeweiligen Schule als bedingungslose Voraussetzung ansieht. Inklusiv Schule bedeutet aber nicht
831 nur die Einbeziehung von Schüler*innen mit Behinderung, sondern auch den gemeinsamen
832 Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und
833 Fähigkeiten. Hier gilt für Neukölln insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher
834 Sprachkompetenzen. Gerade in Neukölln ist eine gezielte Sprachförderung notwendig, die durch
835 kleinere Klassen und zusätzliche Förderprogramme unterstützt werden muss.

836 DIE LINKE. Neukölln setzt sich dafür ein, Schulen nach ihren tatsächlichen Bedarfen für
837 multiprofessionelle Teams zu öffnen. Dazu können Ergo- oder Logotherapeut*innen,
838 Theaterpädagog*innen, aber auch Handwerker*innen und Psycholog*innen zählen. Zudem ist
839 sicherzustellen, dass der schulpsychologische Dienst personell aufgestockt wird und alle offenen
840 Stellen besetzt werden.

841 **Schulneubau und Sanierung**

842 Die Kapazitäten der Neuköllner Schulen müssen dem Bedarf der wachsenden
843 Schüler*innenzahlen gerecht werden. Hier sei u.a. auf das Schulbauprogramm zurückverwiesen,
844 mit dessen Hilfe mehr Schulplätze geschaffen werden können. Die Auslagerung des Schulbaus an
845 Dritte, zum Beispiel im Rahmen von öffentlich-privaten-Partnerschaften, lehnen wir ab. Schulbau
846 ist eine zentrale Aufgabe der Bezirke und soll es auch bleiben.

847 Es ist pädagogisch unumstritten, dass helle und saubere Klassenräume eine große Bedeutung für
848 Motivation und Lernerfolg haben. Bereits der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen
849 lässt Rückschlüsse zu, welchen Stellenwert schulische Bildung derzeit genießt. Der aktuelle
850 Sanierungsstau von 140 Millionen Euro im Neuköllner Schulbereich ist nicht hinnehmbar.
851 Bröckelnde Fassaden, undichte Fenster und Türen, verschmutzte Klassenräume und Flure sowie
852 stinkende Toiletten sind in den Neuköllner Schulen keine Ausnahmereischeinungen. Zwar läuft
853 derzeit ein Schulsanierungsprogramm. Dennoch ist der Sanierungsstau immens. DIE
854 LINKE. Neukölln wird sich für den Ausbau des Schulsanierungsprogramms einsetzen und dafür,
855 dass grundsätzlich die regelmäßigen finanziellen Zuweisungen für die Instandhaltung
856 bedarfsgerecht steigen.

857 **Schule ohne Rassismus und Bundeswehrwerbung**

858 DIE LINKE. Neukölln unterstützt alle Projekte an Schulen, die sich gegen Rassismus und
859 Diskriminierung und für Toleranz und ein kollektives, gemeinsames Miteinander einsetzen.

860 Gleichzeitig stellt sich DIE LINKE. Neukölln konsequent gegen jedwede Bundeswehr-Werbung an
861 Schulen, in deren Rahmen Jugendoffizier*innen versuchen, die Unwissenheit von Jugendlichen
862 auszunutzen.

863 **Kitaplatzausbau**

864 Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung ist für die Entwicklung eines Kindes von hoher
865 Bedeutung, sowohl was die motorischen und erkennenden Fähigkeiten als auch was die sozialen
866 und interkulturellen Kompetenzen angeht. Der Unterversorgung mit Kitaplätzen gilt es
867 entgegenzuwirken. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Neukölln für eine zügige, aber planvolle
868 wohnortnahe Aufstockung der Kitaplätze sowohl durch Erweiterung bestehender Einrichtungen als
869 auch durch den Neubau von Kindertagesstätten ein. Es muss garantiert sein, dass alle Kinder –
870 auch Kinder von Geflüchteten – ihr Anrecht auf einen Kitaplatz wahrnehmen können. Dies soll vor
871 allem durch den Ausbau des kommunalen Kita-Eigenbetriebes Südost und eine höhere,
872 angemessene Bezahlung der Erzieher*innen geschehen. Zudem muss dringend der
873 Personalschlüssel überprüft werden, um die Arbeitsbelastung auf ein erträgliches und pädagogisch
874 verantwortbares Niveau zu senken.

875 **Rekommunalisierung der Schulreinigung**

876 DIE LINKE. Neukölln unterstützt die Forderung der Initiative Schule in Not nach der
877 Rekommunalisierung der Schulreinigung, um angenehme Lernorte und gute Arbeitsbedingungen
878 zu ermöglichen. Sie fordert, dass der Anteil der Eigenreinigung von 2021 an mit jedem Schuljahr
879 gesteigert wird, um 2026 schließlich vollständig rekommunalisiert zu sein.

880 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 881 • Flächendeckender Ausbau von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen mit Orten der Begegnung
882 für die ganze Nachbarschaft
- 883 • Mehr Sozialarbeit an den Schulen: jede Schule braucht eine personell gut ausgestattete
884 Schulstation!
- 885 • Inklusion mit erheblichen personellen und baulichen Investitionen umsetzen
- 886 • Rassismus und die Bundeswehr haben an Schulen nichts zu suchen!
- 887 • Ausbau der Kitaplätze und eine Verbesserung des Personalschlüssels
- 888 • Schulreinigung bis 2026 vollständig rekommunalisieren

889 **Kultur**

890
891 Neukölln verfügt über eine reiche Kulturlandschaft. Viele staatliche und private Kulturinstitutionen
892 prägen das gesellschaftliche Leben des Bezirks. Neukölln ist zu einem Anziehungspunkt für die
893 freie Kunst- und Kulturszene geworden. Und nicht zuletzt verfügt Neukölln mit seinen aus über 160
894 Nationen stammenden Einwohner*innen über eine große kulturelle Vielfalt. DIE LINKE will diesen
895 kulturellen Reichtum fördern und zur Geltung bringen. Das bedeutet für uns, dass wir den Zugang
896 zu kulturellen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen vereinfachen, migrantische Kulturen
897 stärken und Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Kulturangeboten bauen wollen.

898 **Ausbau der Kulturangebote**

899 Die öffentlichen und privaten Einrichtungen, von den Galerien im Körnerpark und im Saalbau, der
900 Neuköllner Oper, dem Comenius-Garten, dem Gutshof Schloss Britz mit der Neukölln-Bibliothek,
901 dem Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bis zur Rudower Schule, von der Musikschule Paul
902 Hindemith mit ihren Standorten bis zur Volkshochschule Otto Suhr, sind für das kulturelle Leben
903 des Bezirks unverzichtbar und sollen weiter ausgebaut werden. Insbesondere im Neuköllner
904 Norden muss das Kulturangebot gestärkt werden. Besonders wichtig ist die Erweiterung der
905 Helene-Nathan-Bibliothek. Nordneuköllner Schüler*innen haben häufig nicht genug Raum zum
906 Lernen und Lesen. Deshalb wollen wir prüfen, ob mit Außenstellen fußläufig erreichbare
907 Kiezbibliotheken geschaffen werden können. Der Medienetat der Bibliotheken muss ausgeweitet
908 werden. Bei der Medienbeschaffung soll die sprachliche und kulturelle Vielfalt Neuköllns
909 berücksichtigt werden. Die Musikschule muss ausreichend finanziert werden. Die prekäre
910 Beschäftigung von Musiklehrer*innen über schlecht bezahlte Honorarverträge muss zu Gunsten
911 sozialversicherungspflichtiger Anstellung beendet werden.

912 Trotz einer größer werdenden Zahl an Kultur- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche in
913 Gropiusstadt gibt es immer noch ein Unterangebot. Nicht zuletzt deshalb haben sich die
914 Gropiuspassagen zu „Berlins größtem Jugendclub“ entwickelt. Hier wollen wir ein durch
915 Sozialarbeit begleitetes Freizeit- und Kulturangebot schaffen.

916 **Kulturelle Freiräume schützen**

917 Die freie Kunst- und Kulturszene leistet einen wertvollen Beitrag für das interkulturelle
918 Zusammenleben in Neukölln. Allerdings ist es für Kunst- und Kulturschaffende immer schwieriger
919 geworden, geeignete Räumlichkeiten zum Wohnen und Arbeiten zu finden. Wohn- und
920 Gewerbemieten müssen deshalb durch öffentliche Interventionen niedrig gehalten bzw. abgesenkt
921 werden. Kulturelle Freiräume, Orte der Selbstorganisation von Kunst- und Kulturschaffenden
922 müssen erhalten und geschützt werden. Insbesondere die Clubkultur ist wegen Corona und den
923 steigenden Gewerbemieten bedroht. In ganz Berlin werden Clubs, die einer für Berlin prägenden

924 Community Freiräume bieten, verdrängt. Neukölln setzt sich für den Fortbestand der Neuköllner
925 Clubs ein.

926 **Soziale und kultursensible Kulturförderung**

927 DIE LINKE fordert, dass alle öffentlichen Kulturangebote ausreichend finanziert werden. Die
928 Regelfinanzierung muss angehoben werden. Insbesondere den kommunalen Bibliotheken muss
929 mehr Personal und Geld zur Verfügung gestellt werden. Kunst im öffentlichen Raum ist zu fördern.
930 Berufliche Beratungsangebote für Kunstschaffende müssen ausgebaut werden. Die Mittel für
931 bezirkliche Kulturarbeit, insbesondere für Künstler*innenförderung und interkulturelle Kulturarbeit,
932 sind bei den Zuweisungen des Landes Berlin an den Bezirk zu erhöhen. Dabei sind sowohl
933 Multiethnizität als auch Armut zu berücksichtigen, die in den Sozialplanungsdaten als
934 Anerkennung von sozialen Brennpunkten ausgewiesen sind. Weil die Förderung dezentraler
935 Kulturarbeit durch das Kulturamt von großer Bedeutung für den Bezirk ist, tritt DIE LINKE für die
936 Unterstützung nichtstaatlicher Einrichtungen und Angebote ein, zum Beispiel der Neuköllner Oper
937 oder dem Festival 48 Stunden Neukölln. Dabei richten wir uns entschieden gegen den Einsatz von
938 Hartz-IV-Betroffenen im Rahmen von 1-Euro-Jobs oder anderen prekären Maßnahmen.

939 DIE LINKE. Neukölln tritt dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich künstlerisch betätigen
940 können. In Kitas, Schulen und Jugendzentren sollen künstlerische Angebote ausgebaut werden.
941 Proben- und Auftrittsmöglichkeiten für Bands, die sich in Selbstinitiative Jugendlicher gebildet
942 haben, sind zu unterstützen. Das Angebot an Kreativräumen ist zu erweitern. DIE LINKE tritt für
943 eine Förderung des Breitensports ein. Das bedeutet auch gemeinsamen Sport für Menschen mit
944 und ohne Behinderung.

945 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 946 • Ausbau der Kulturangebote: insbesondere die Helene-Nathan-Bibliothek muss erweitert werden!
- 947 • Öffentliche Interventionen zum Schutz von Kulturschaffenden vor steigenden Gewerbemieten
- 948 • Sicherung der Neuköllner Clubszene durch Hygienekonzepte und Bereitstellung von Freiflächen
- 949 • Kulturpolitik auf sichere Grundlage stellen: Kulturentwicklungsplan aktualisieren
- 950 • Kulturförderung soll soziale Lage und kulturelle Vielfalt berücksichtigen!
- 951 • Keine Ausbeutung durch prekäre Beschäftigung im Kulturbereich
- 952 • Kulturangebote für Kinder und Jugendlichen ausbauen

953 **Gleichstellung von Frauen**

954

955 Noch immer erhalten Frauen zwanzig Prozent weniger Lohn als Männer. Viele Frauen arbeiten in
956 unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, fast die Hälfte aller Frauen arbeitet in Teilzeit. Diese
957 Benachteiligung im Erwerbsleben führt dazu, dass viele Frauen nicht in der Lage sind, ein
958 Einkommen zu erarbeiten, das zum Leben reicht, und daher vom Staat oder der Familie abhängig
959 sind. Jede dritte Alleinerziehende muss von Hartz IV leben. Das neoliberale Konzept der
960 Bedarfsgemeinschaft, bei dem Einkommen von anderen Personen aus dem Haushalt bei
961 Transferleistungen angerechnet werden, treibt Frauen ebenfalls in die Abhängigkeit von
962 Partner*innen und Familie. All das führt dazu, dass Frauen auch überproportional von Altersarmut
963 betroffen sind. Zudem erledigen Frauen siebzig Prozent der unbezahlten Haus- und Pflegearbeit.
964 Insbesondere die Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch die Geburt und Betreuung von Kindern
965 führt dazu, dass Frauen schwieriger gut bezahlte Vollzeitarbeitsplätze bekommen.

966 DIE LINKE. Neukölln unterstützt betriebliche Kämpfe von Frauen für gerechte Bezahlung und
967 bringt sich aktiv in bestehende Auseinandersetzungen, zum Beispiel im Bereich der Pflege am
968 Neuköllner Krankenhaus oder im Rahmen der Initiative Schule in Not, die für gute
969 Arbeitsbedingungen für Reinigungskräfte an Schulen kämpft, ein. Den Kampf gegen die schlechte
970 Bezahlung von Frauen, queeren Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte verstehen wir
971 auch als Angriff auf die kapitalistische Strategie, mit der Schlechterbezahlung benachteiligter
972 Gruppen Löhne insgesamt zu drücken und Beschäftigte zu spalten.

973 **Die Frauenquote ist ein Anfang**

974 Auch in Parlamenten und öffentlichen Ämtern sind Frauen unterrepräsentiert. In der aktuellen
975 Bezirksverordnetenversammlung in Neukölln ist der Frauenanteil zwar höher als in Landes- oder
976 Bundesparlamenten, allerdings beträgt er mit 41 Prozent der Abgeordneten immer noch weniger
977 als die Hälfte. Um dem entgegenzuwirken, tritt DIE LINKE. Neukölln für eine Frauenquote von
978 mindestens fünfzig Prozent in allen Gremien auf Bezirksebene ein.

979 Quoten können wichtige Instrumente sein, um die Vertretung aller Geschlechter zu gewährleisten.
980 Unser Ziel ist allerdings nicht ein Feminismus nur für reiche und privilegierte weiße Frauen, der
981 sich in Forderungen wie „Mehr Frauen in die Vorstände von DAX-Konzernen“ äußert. Wir wollen
982 nicht das bestehende System mit mehr Diversität verzieren. Uns geht es darum, Ungleichheit und
983 Benachteiligung zu bekämpfen; mit dem Ziel einer gerechten Gesellschaft für alle.
984 Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht sehen wir daher im Zusammenhang mit Rassismus
985 und Klassenunterschieden.

986 **Kampf gegen frauen*feindliche und antifeministische** 987 **Ideologien**

988 Das bundesweite Erstarken von rechten Kräften innerhalb und außerhalb der Parlamente bedeutet
989 auch eine Bedrohung für zentrale feministische Errungenschaften. Die AfD ist mittlerweile in allen
990 Landesparlamenten vertreten und verbreitet mit Schlagwörtern wie „Genderwahn“ ihre
991 queerfeindliche und antifeministische Hetze. In den Ideologien der neuen Rechten vermengen sich
992 rassistische und antifeministische Elemente, was nicht zuletzt die Drohbriefe des NSU 2.0, von
993 deren Morddrohungen auch Neuköllner Linkspolitikerinnen betroffen waren, auf entsetzliche Weise
994 deutlich gemacht haben.

995 Die LINKE. Neukölln beteiligt sich an Aktionen gegen die AfD, gegen den „Marsch für das Leben“
996 und tritt für einen offenen Umgang mit Themen der sexuellen Vielfalt an Schulen ein. Stereotype,
997 wie Frauen und Männer zu sein haben, sind immer noch tief verankert in der Gesellschaft. Sie
998 bilden die Grundlage, auf der Sexismus und Diskriminierung gedeihen können. Deshalb fordert
999 DIE LINKE. Neukölln, dass bereits in Kitas und Grundschulen pädagogische Konzepte umgesetzt
1000 werden, die einengende Rollenbilder hinterfragen.

1001 **Vielfalt stärken: queeres Neukölln.**

1002 Neukölln hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem zentralen Ort der queeren
1003 Community in Berlin entwickelt und das ist auch gut so! Als DIE LINKE. Neukölln betrachten wir
1004 die zahlreichen LGBTQI*-Initiativen, Treffpunkte und Begegnungsorte in unseren Nachbarschaften
1005 als lebenswichtige Infrastruktur und wollen sie, vor allem angesichts der rasant steigenden
1006 Mieterhöhungen, schützen und fördern. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die
1007 Unterstützung von Projekten, die marginalisierte Stimmen innerhalb der LGBTQI*-Community
1008 hörbar machen - insbesondere Queers of Color, Trans*Menschen und andere, die von
1009 Mehrfachdiskriminierung betroffen sind.

1010 Auch in Neukölln sind besonders Menschen, die sich nicht in der binären Geschlechterordnung
1011 wiederfinden können oder wollen und/oder jenseits der heteronormativen Ordnung begehren,
1012 tägliche Anfeindungen bei der Arbeit oder in der Schule wie auch verbalen und physischen
1013 Übergriffen ausgesetzt. DIE LINKE. Neukölln setzt sich für eine Förderung und Sichtbarmachung
1014 sexueller Vielfalt ein, will in Zusammenarbeit mit queeren Initiativen Graswurzel-Strategien planen,
1015 die die Sicherheit vor homophober, trans*phober und rassistischer Gewalt für alle Anwohner*innen
1016 Neuköllns garantieren. Beratungsstellen und Einrichtungen der Gewaltprävention sind hierbei auch
1017 wichtige Ansprechpartner.

1018 **Geschlechtergerechte und ermächtigende Jugendarbeit**

1019 Damit Frauen und queere Menschen, Menschen mit Behinderungen und von Rassismus
1020 betroffene Menschen sowie vor allen Dingen Jugendliche, welche diese Art von Diskriminierungen
1021 erfahren, die Gesellschaft aktiv mitgestalten können, braucht es Orte der Selbstermächtigung.

1022 Doch die Finanzierung vieler solcher Projekte im Bezirk ist nicht gesichert. DIE LINKE. Neukölln
1023 setzt sich für den finanziellen und personellen Ausbau der Frauen- und Mädchenprojekte in
1024 Neukölln ein sowie für Jugendprojekte, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit
1025 auseinandersetzen. Bei solchen Einrichtungen und Projekten ist es zentral, dass sie
1026 rassismuskritisch arbeiten, so dass alle Jugendlichen sich in Neukölln willkommen und verstanden
1027 fühlen.

1028 **Schutz vor sexualisierter Gewalt**

1029 Etwa jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau, zumeist durch ihren Partner oder Ex-
1030 Partner, ermordet. Jede dritte Frau erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt. Geflüchtete Frauen
1031 in Sammelunterkünften sind aufgrund des Platzmangels und der fehlenden
1032 Rückzugsmöglichkeiten besonders davon betroffen. Auch queere Menschen werden täglich Opfer
1033 physischer und psychischer Übergriffe.

1034 Solange es Gemeinschaftsunterkünfte gibt, muss es geschützte und abgetrennte Wohnbereiche
1035 für geflüchtete Frauen mit und ohne Kinder geben. Zusätzlich setzt sich DIE LINKE. Neukölln für
1036 den Schutz obdachloser Frauen ein, da sie aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten besonders
1037 von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Es ist höchste Zeit, bestehende Projekte finanziell besser
1038 auszustatten, umfassende Daten zu erheben und die Wohnungsnot durch die Förderung sozialen
1039 Wohnungsbaus zu beenden.

1040 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1041 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle!
- 1042 • Eine Frauen*quote von mindestens fünfzig Prozent in allen Gremien auf Bezirksebene
- 1043 • Pädagogische Konzepte zu Themen der sexuellen Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit an
1044 Kitas, Schulen und Jugendzentren
- 1045 • Entwicklung von Strategien zum Schutz von Betroffenen von homophober und trans*phober
1046 Gewalt
- 1047 • Ausbau von Mädchenprojekten und Förderung von Jugendprojekten zur
1048 Geschlechtergerechtigkeit
- 1049 • Bessere Finanzierung von Frauenhäusern und anderen Notfalleinrichtungen

1050 **Solidarisches Zusammenleben – Kampf gegen rechts**

1051

1052 Neukölln ist seit seiner Gründung von Einwanderung geprägt. Gegenwärtig leben hier Menschen
1053 aus mehr als 160 Nationen. In Nord-Neukölln haben vier von fünf Kindern und Jugendlichen und
1054 über 47 Prozent der Neuköllner*innen insgesamt eine Migrationsgeschichte. DIE LINKE. Neukölln
1055 sieht die Vielfalt an Sprachen, Kulturen, Migrationsgeschichten und Religionen als die Stärke
1056 unseres Bezirks an. Die Voraussetzung dafür, dass Neukölln weiter als zentraler Ort seiner
1057 migrantischen Gesellschaft wächst, ist, dass alle Anwohner*innen diskriminierungsfrei am
1058 politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Das ist leider bis
1059 heute nicht der Fall.

1060 Dabei spielt Rassismus eine große Rolle. Mit Rassismus meinen wir nicht nur individuelle
1061 Vorurteile, sondern eine Struktur, in der Menschen aufgrund der ihnen zugeschriebenen
1062 Abstammung bestimmte Vor- oder Nachteile erfahren. Viele Menschen aus Neukölln bekommen
1063 schon wegen ihres nicht deutsch klingenden Namens nur schwer eine Arbeit oder eine Wohnung.
1064 Rassismus ist kein Fehler im System, sondern Teil eines Systems, das auf Ausbeutung basiert.
1065 Rassismus hat darin die Funktion, soziale Konflikte zu verschleiern und Sündenbocke zu
1066 benennen. Deshalb wehrt sich DIE LINKE. Neukölln gegen jeden Versuch, Armut, soziale
1067 Probleme und mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten durch Herkunft oder eine vermeintlich „fremde
1068 Kultur“ zu erklären. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Herkunft und der soziale Hintergrund
1069 maßgeblich über den Bildungsweg und den Beruf der Menschen in Deutschland entscheiden.
1070 Unzureichende Bildungsgerechtigkeit und fehlende Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung,
1071 Rassismus im Alltag und Ghettoisierung sowie die überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit und
1072 Armut bei Menschen mit Migrationshintergrund behindern eine gleichberechtigte Beteiligung am
1073 gesellschaftlichen Leben. Statt mehr ökonomischer und gesellschaftlicher Sanktionen, mehr
1074 bürokratischer Hindernisse, mehr Polizeipräsenz, brauchen wir Bildung, Unterstützung und
1075 Förderung der demokratischen Teilhabe.

1076 **Rechte Strukturen zerschlagen, Neukölln-Komplex aufklären**

1077 Auch in Neukölln gibt es Kräfte, die soziale Missstände ausnutzen, um nationalistische und
1078 rassistische Propaganda zu verbreiten. Neben der NPD hetzt vor allem die extrem rechte Partei
1079 AfD gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Black, People of Color und besonders gegen
1080 Geflüchtete und Muslime. Unter Mithilfe eines Teils der Medien und von führenden Politiker*innen
1081 verschiedener Parteien versuchen die rechten Kräfte, die Bevölkerung nach Hautfarbe, Herkunft
1082 und Religion zu spalten. DIE LINKE. Neukölln stellt sich gegen Rassismus und nationalen
1083 Chauvinismus. Insbesondere Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus bedrohen
1084 viele unserer Mitbürger*innen im Alltag. Wir kämpfen dagegen, dass Menschen mit vermeintlichem
1085 oder tatsächlichem Migrationshintergrund diskriminiert werden.

1086 Im Kampf gegen Nazis und Rechtspopulist*innen wirbt DIE LINKE. Neukölln für breite Bündnisse
1087 mit dem Ziel, sich rassistischen und nationalistischen Aufmärschen und Veranstaltungen
1088 entgegenzustellen.

1089 In der BVV fordert DIE LINKE. Neukölln von allen demokratischen Parteien ein klares Bekenntnis
1090 gegen nationalistische und rassistische Umtriebe in unserem Bezirk. Wir haben uns für die
1091 Gedenkstätte für den mutmaßlich von Rechtsradikalen ermordeten Burak Bektas eingesetzt. Wir
1092 haben den Vorschlag vom Frauennetzwerk Neukölln und der Anwohner*inneninitiative „Hufeisern
1093 gegen Rechts“ unterstützt, die Stadtteilbibliothek nach der antifaschistischen Lehrerin und
1094 Künstlerin Margareta Kubicki zu benennen.

1095 Seit Jahren durchzieht eine rechte Terrorserie den Bezirk. Die zahlreichen Betroffenen aus der
1096 engagierten Zivilgesellschaft sowie Freunde, Bekannte und Nachbar*innen haben sich in Initiativen
1097 wie Rudow empört sich oder Basta organisiert und fordern eine rasche Aufklärung der
1098 Anschlagsserie. Doch bis heute konnte keine einzige Straftat im Zusammenhang mit der
1099 Terrorserie aufgeklärt werden. Stattdessen sind im Zuge von antifaschistischen Recherchen, durch
1100 erhöhtes Interesse der Medienöffentlichkeit aufgrund der Anschläge in Kassel und Hanau sowie
1101 dem Abrufen von sensiblen Daten von Polizeicomputern im Zusammenhang mit den Drohmails
1102 des NSU 2.0 Verbindungen der rechten Szene Neuköllns in die Berliner Polizei und Justiz bekannt
1103 geworden. Diese rechten Strukturen in den Sicherheitsbehörden müssen schonungslos aufgedeckt
1104 und zerschlagen werden. Die Verantwortlichen der Terrorserie müssen ermittelt und zur
1105 Verantwortung gezogen werden. Das Versagen der Behörden bei der Aufklärung der Straftaten
1106 muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Dazu gehört
1107 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und ggf. ein*e Sonderermittler*in sowie
1108 weitreichende Konsequenzen für die Arbeit und Organisation der Sicherheitsbehörden.

1109 **Intersektionale Diskriminierung beenden: Kopftuchverbot** 1110 **abschaffen**

1111 Frauen* mit Migrationshintergrund, kopftuchtragende Muslimas und Jüd*innen sind, zusätzlich zur
1112 geschlechterbedingten Benachteiligung, rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen
1113 ausgesetzt. Stereotype Erzählungen erklären Frauen* of Colour, Frauen* mit Migrationsgeschichte
1114 und Muslim*innen häufig zu Opfern, die es ihrer Kultur zu entreißen gilt. Ihre eigenen Erfahrungen
1115 werden selten gehört. Häufig werden dabei vermeintlich „feministische Argumente“
1116 instrumentalisiert, um Rassismus zu schüren. Das gilt zum Beispiel für das Kopftuchverbot im
1117 öffentlichen Dienst.

1118 DIE LINKE. Neukölln ist gegen ein Kopftuch- oder Kippaverbot, denn es stigmatisiert Menschen
1119 insbesondere muslimischen Glaubens als vermeintliche Bedrohung und erschwert muslimischen
1120 Frauen die politische und gesellschaftliche Teilhabe. Zwar hat das Bundesarbeitsgericht das

1121 Verbot von religiösen Symbolen in öffentlichen Schulen, wie es im Berliner Neutralitätsgesetz
1122 vorgesehen ist, gekippt. Dennoch hält die SPD weiter an dem diskriminierenden Gesetz fest. Das
1123 schränkt Frauen mit Kopftuch bei der Arbeitsplatzwahl weiterhin ein und bereitet rassistischer
1124 Diskriminierung im Alltag den Boden.

1125 Wir denken, dass die staatliche Neutralität ein wichtiges Gut ist, das sich nicht in
1126 Bekleidungs Vorschriften ausdrücken sollte. Diskriminierendes Gedankengut sieht man einem
1127 Repräsentanten des Staats nicht unbedingt an. Die zuvor erwähnten rechten Strukturen in den
1128 Sicherheitsbehörden zeigen, dass der Staat ein großes Problem bei der verfassungskonformen
1129 Gesinnung und der Neutralität eines Teils seiner Beamt*innen hat. Die Debatte um die Neutralität
1130 von kopftuchtragenden Muslimas in Schule und Justiz lenkt von diesen tiefgreifenden Problemen
1131 ab. Für eine echte Neutralität in unseren Behörden braucht es Vielfalt. Frauen* muslimischen
1132 Glaubens, gläubige Jüd*innen und Angehörige anderer Religionen können einen wichtigen Beitrag
1133 dazu leisten.

1134 **Vielfalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens**

1135 Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz soll für eine interkulturelle Öffnung der
1136 Institutionen und die Erhöhung der Beschäftigtenzahl mit Migrationshintergrund gemäß ihrem
1137 Anteil an der Berliner Bevölkerung sorgen. Im Jahr 2019 wurde es auf den Prüfstand gestellt. Im
1138 Ergebnis zeigte sich, dass das Gesetz zu wenig konkrete Umsetzungsinstrumente vorsieht. DIE
1139 LINKE. Neukölln fordert deshalb eine Überarbeitung des Gesetzes mit klaren Zielvorgaben sowie
1140 Kontrollmechanismen. In Neukölln muss die Beschäftigung von Migrant*innen im öffentlichen
1141 Dienst ausgebaut und auf den Anteil an der Gesamtbevölkerung angehoben werden. Dazu gehört
1142 auch die Beschäftigung von staatlich geprüften Dolmetscher*innen.

1143 Die Stelle der Integrationsbeauftragten darf nicht – wie zuletzt geschehen – im Alleingang durch
1144 das Bezirksamt besetzt werden. Der Migrationsbeirat soll gestärkt und politisiert werden und muss
1145 ein Vetorecht bei der Benennung dieser erhalten.

1146 DIE LINKE setzt sich für eine leichtere Einbürgerung, die Möglichkeit einer doppelten
1147 Staatsbürgerschaft und für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Im Ausland
1148 erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen anerkannt werden. DIE LINKE will ein aktives
1149 und passives Wahlrecht, abhängig nicht von der Staatsbürgerschaft, sondern vom
1150 Lebensmittelpunkt.

1151 Neben alleinerziehenden Frauen und Menschen mit Behinderung werden vor allem migrantisch
1152 aussehende Menschen am Arbeitsmarkt benachteiligt. Anonymisierte Bewerbungsverfahren, wie
1153 sie beispielsweise in Großbritannien längst Standard sind, bedeuten einen kleinen Schritt hin zu
1154 weniger Diskriminierung bei der Arbeitssuche. DIE LINKE. Neukölln fordert, dass das Bezirksamt
1155 Neukölln auf anonymisierte Bewerbungsverfahren umsteigt, und befürwortet entsprechende
1156 Bemühungen in Neuköllns Unternehmen.

1157 Die Neuköllner Stadteilmütter leisten durch Beratung und Informationen einen wichtigen Beitrag
1158 zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Arbeit muss mit
1159 unbefristeten, regulären Arbeitsverträgen fortgesetzt und ausgebaut werden.

1160 Das Landesantidiskriminierungsgesetz aus dem Jahr 2020 ist ein wichtiger Schritt hin zu weniger
1161 Diskriminierung durch öffentliche Stellen. Jetzt kommt es darauf an, von Diskriminierung betroffene
1162 Personen über ihre Rechte zu informieren und sie effektiv zu beraten. Dabei kommt de*r
1163 Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen eine wichtige Bedeutung zu. Leider erfahren viele
1164 Schüler*innen Diskriminierung durch das Lehrpersonal und andere Beschäftigte an Schulen.
1165 Mehrere Antidiskriminierungsbeauftragte für Schulen sind aufgrund ihrer eingeschränkten
1166 Kompetenzen zurückgetreten. Die Position der Landesantidiskriminierungsbeauftragten muss
1167 deshalb gestärkt und bedarfsorientiert ausgebaut werden. Auch der Bezirk soll eine*n
1168 Antidiskriminierungsbeauftragte*n bekommen. Hierbei ist auf einen intersektionalen Ansatz zu
1169 achten, um auch Mehrfachdiskriminierung beispielsweise in Verbindung mit der sexuellen Identität
1170 zu berücksichtigen.

1171 **Rassistische Clandebatte und Razzien in migrantischem** 1172 **Gewerbe: Schluss mit Racial Profiling!**

1173 Seit 2018 ist der Druck auf Neuköllner*innen durch ständige und massive Polizeipräsenz stark
1174 gestiegen. Scherwaffen Razzien in Shishabars, rabiate Durchsuchungen von Spätis oder
1175 Barbershops, ständige und schikanöse Verkehrskontrollen richten sich gegen das migrantisch
1176 geführte Gewerbe, gegen migrantische und migrantisierte Menschen. Über 450 Polizeirazzien in
1177 Shishabars und Friseurläden mit schätzungsweise mehr als 46.000 Polizeieinsatzstunden sind die
1178 traurige Bilanz dieser Kampagne. Hierbei wird die Debatte um die sogenannte „Clan-Kriminalität“
1179 genutzt, um die massive Repression zu rechtfertigen. Aber die „Jahresbilanz Clankriminalität 2019“
1180 der Polizei Berlin zeigt, dass das Phänomen künstlich aufgebauscht wird und auf rassistischen
1181 Prämissen beruht. So ist die Rede von der Kriminalität „arabischstämmiger Strukturen“, die
1182 Definition von „Clankriminalität“ beruht auf schwammigen Aussagen und rassistischen
1183 Stereotypen, wie „Parallelgesellschaft“ und „mangelnder Integrationsbereitschaft“. Die mit der
1184 Clandebatte einhergehende rassistische Hetze hat dazu geführt, dass sich ein Rechtsradikaler
1185 entschieden hat, in Hanau neun Menschen in einer Shishabar zu töten. Die Clandebatte führt zu
1186 Kriminalisierung aufgrund des Nachnamens und verstärkt antiarabischen Rassismus. Gemeinsam
1187 mit der Initiative Kein Generalverdacht hat DIE LINKE. Neukölln gegen die Clan-Razzien
1188 protestiert und mit Betroffenen gesprochen. DIE LINKE. Neukölln fordert ein Ende der Clandebatte
1189 und den Ausstieg des Bezirks Neukölln aus der Praxis der Razzien.

1190 Das Racial Profiling, die ständige Belangung und die Gewalt gegen People of Color oder mit
1191 Migrationsgeschichte im Rahmen der Clandebatte gliedern sich ein in das größere Problem von

1192 strukturellem Rassismus und rechten Strukturen bei der Polizei. DIE LINKE fordert die
1193 Aufarbeitung und ein konsequentes Vorgehen gegen diese Strukturen!

1194 **Koloniale Vergangenheit aufarbeiten**

1195 Die koloniale Vergangenheit wurde in Neukölln bei der Diskussion um die Umbenennung der
1196 Wissmannstraße sichtbar. DIE LINKE. Neukölln begrüßt die Umbenennung und fordert, dort und
1197 an anderen geeigneten Orten Schautafeln aufzustellen, die über die deutsche Kolonialgeschichte
1198 informieren.

1199 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1200 • Das Landesantidiskriminierungsgesetz mit Aufklärungs- und Beratungsangeboten in den
1201 Schulen und Behörden stärken
- 1202 • Ein*e Antidiskriminierungsbeauftragte*n für Neukölln mit intersektionalem Ansatz
- 1203 • Das Ende der rassistischen Clandebatte und eine diskriminierungsfreie Behandlung des
1204 migrantischen Gewerbes!
- 1205 • Das Ende des Kopftuchverbots: muslimische Frauen mit Kopftuch haben ein Recht auf Arbeit!
- 1206 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst
- 1207 • Schluss mit dem rechten Terror in Neukölln!
- 1208 • Einen Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der rechten Anschläge gegen
1209 antifaschistische Aktivist*innen
- 1210 • Aufarbeitung und Zerschlagung der rechten Umtriebe in Polizei und Justiz
- 1211 • AfD raus aus Neukölln!

1212 **Für die Rechte von Schutz suchenden Menschen**

1213
1214 Weltweite Konflikte schlagen sich auch in Neukölln nieder. Militärische Auseinandersetzungen,
1215 Rechtlosigkeit und Armut zerstören die Zivilgesellschaften in vielen Teilen der Welt und gefährden
1216 Leben und Gesundheit. Viele Menschen sind daher gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um in
1217 fremden Ländern Schutz vor Verfolgung, Terror und Not zu suchen. DIE LINKE. Neukölln lehnt
1218 deutsche Kriegsbeteiligungen, Rüstungsexporte und die Ausbeutung der Ressourcen in Ländern
1219 des globalen Südens durch multinationale Konzerne ab. Weiter setzt sich DIE LINKE. Neukölln für
1220 die Aufnahme und Versorgung geflüchteter Menschen in Neukölln ein. Wir kämpfen für den
1221 Schutz, das Bleiberecht und die Teilhabe an der Gesellschaft für die ankommenden Menschen.
1222 Dabei ist DIE LINKE. Neukölln Teil einer Bewegung von vielen Neuköllner*innen, die bereit waren
1223 und sind, sofort und ohne Zögern zu helfen. Das beinhaltet auch unserer Nein zu allen
1224 Abschiebung und unsere Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams.

1225 **#leavenoonebehind – Neukölln hat Platz**

1226 Unzählige Geflüchtete müssen monatelang in Lagern an EU-Außengrenzen unter oftmals
1227 unmenschlichen Bedingungen ausharren. Wir wollen, dass sich Berlin und Neukölln an der
1228 Aufnahme von Geflüchteten aus diesen Lagern beteiligt.

1229 Die Unterbringung in Sammelunterkünften im ehemaligen Flughafen Tempelhof und in Turnhallen
1230 war menschenunwürdig und konnte mit gesellschaftlichem Druck endlich beendet werden. Doch
1231 hunderte Geflüchtete leben dauerhaft in Containern oder modularen Sammelunterkünften, wo die
1232 Übernachtung von Partner*innen oder nicht dort wohnenden Eheleuten verboten ist. Statt für
1233 streng bewachte Massenunterkünfte setzt sich DIE LINKE. Neukölln dafür ein, dass Geflüchtete
1234 von Anfang an selbstbestimmt in Wohnungen leben können. Allenfalls sind
1235 Gemeinschaftsunterkünfte mit abgeschlossen Wohneinheiten vorübergehend akzeptabel.
1236 Massenunterkünfte wie im Tempelhofer Flughafen lehnen wir genauso ab, wie die Bebauung des
1237 Tempelhofer Feldes mit weiteren Unterkünften für Geflüchtete. DIE LINKE. Neukölln lehnt den
1238 Betrieb von sogenannten Flüchtlingsunterkünften durch profitorientierte Träger ab.

1239 DIE LINKE. Neukölln fordert die Entwicklung eines Konzepts zum Bau und Erhalt von sozialem
1240 Wohnraum, in dem auch ein Kontingent für die Unterbringung von Geflüchteten erhalten ist. Das
1241 muss einhergehen mit der Entwicklung der Infrastruktur, zum Beispiel in Bezug auf Kita- und
1242 Schulplätze, die medizinische Versorgung und soziale Einrichtungen.

1243 **Spracherwerb und gesellschaftliche Teilhabe**

1244 Die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen geschieht auch in Neukölln nicht von allein.
1245 Der schnelle Zugang zu Bildung und Arbeit ist wesentlich für die Entwicklung von Selbstständigkeit
1246 und Eigeninitiative. Deshalb müssen die Sprach- und Integrationskurse erweitert werden und für
1247 alle Geflüchteten unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus kostenlos zugänglich sein.

1248 Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen sofort Zugang zu Kitas, Schulen und den Angeboten
1249 der Jugendhilfe erhalten.

1250 **DIE LINKE. Neukölln fordert:**

- 1251 • Wir haben Platz! Neukölln soll sich an der Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern an EU-
1252 Außengrenzen beteiligen
- 1253 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt Sammelunterkünften
- 1254 • Schnelle Integration sowie sofortiger Zugang zu Sprachkursen, Kitas und Schulen

1255 **Ausblick**

1256

1257 Liebe*r Neuköllner*in,

1258 mit dem Linken Programm für Neukölln macht DIE LINKE. Neukölln konkrete Vorschläge für die
1259 Entwicklung in unserem Bezirk. DIE LINKE wird weiter die Widerstandskraft sein, auf die sich die
1260 Menschen in der Politik verlassen können. Sie ist eine Partei für den Alltag und nicht nur für den
1261 Wahltag. DIE LINKE tritt im Bund, im Land und im Bezirk für Lösungen ein, in denen die
1262 Bedürfnisse der Menschen zählen, nicht mächtige Wirtschaftsinteressen. Das macht den
1263 Unterschied. Sie spricht Ungerechtigkeiten und Missstände offen an und laden dazu ein, mit ihr
1264 etwas dagegen zu unternehmen. 2021 werden der Bundestag, das Abgeordnetenhaus und die
1265 Bezirksverordnetenversammlung erstmals gleichzeitig gewählt. DIE LINKE streitet auf allen
1266 Ebenen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und ein friedliches Zusammenleben.

1267 DIE LINKE hat sich in der Bezirksverordnetenversammlung dafür eingesetzt, dass Neukölln
1268 lebenswerter und sozial gerechter wird. DIE LINKE. Neukölln hat Druck gemacht gegen die
1269 Schikanen durch das Jobcenter und gegen Lohndrückerei; Druck gemacht gegen eine Politik, die
1270 unsere Schulen herunterkommen lässt. DIE LINKE. Neukölln ist aufgetreten gegen jeden
1271 Rassismus und für die Rechte von geflüchteten Menschen. In den Diskussionen um das
1272 Tempelhofer Feld stand sie stets an der Seite der engagierten Bürger*innen, die sich für den Erhalt
1273 des freien Felds eingesetzt und sich gegen Luxusbebauung und Bodenspekulation gewehrt haben.
1274 Trotz der schwierigen Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung ist es
1275 gelungen, gemeinsam mit den Mitgliedern der LINKEN und vielen engagierten Neuköllner*innen
1276 Erfolge für ein sozialeres Neukölln zu erzielen.

1277 Diese Arbeit wollen wir fortführen und ausbauen: Indem wir die Interessen der Neuköllner*innen im
1278 Parlament vertreten und außerhalb des Parlaments gemeinsam mit Initiativen und Bewegungen
1279 Druck machen. Denn DIE LINKE ignoriert nicht, dass der politische Einfluss der Neuköllner
1280 Bezirksverordnetenversammlung relativ gering ist: der vom Abgeordnetenhaus verabschiedete
1281 Haushalt und die zu geringen finanziellen Mittel setzen ihr enge Grenzen. Unser Versprechen:
1282 Auch zukünftig wird DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung nur Anträge unterstützen,
1283 die die Lebenssituation der Menschen in Neukölln verbessert. Bei Privatisierungen,
1284 Sozialkürzungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst macht sie nicht mit. DIE LINKE wird
1285 dafür kämpfen, dass Privatisierungen, Stellenabbau und Sozialkürzungen der letzten Jahre wieder
1286 rückgängig gemacht werden. Sie wird sich dafür einsetzen, dass berechtigte Anliegen der
1287 Neuköllner*innen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

1288 Eine verbindliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien wird DIE LINKE. Neukölln nur dann
1289 eingehen, wenn sie einen grundsätzlichen Politikwechsel einleitet. Auch die Kooperation bei
1290 herausgehobenen Entscheidungen wie der Wahl eine*r Bürgermeister*in muss diesem Ziel dienen.

1291 Bei den Wahlen zum Bundestag, zum Abgeordnetenhaus und zur
1292 Bezirksverordnetenversammlung kommt es auf DIE LINKE an. DIE LINKE macht keine leeren
1293 Wahlversprechen, die am Tag nach der Wahl vergessen sind. DIE LINKE wird auch nach der Wahl
1294 in den Parlamenten und auf der Straße für die Verbesserung der Lebensverhältnisse streiten und
1295 sieht dies als Teil des Kampfes für eine andere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung
1296 an. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der nicht der Profit das Maß aller Dinge ist, sondern
1297 die Bedürfnisse der Menschen. Deshalb prüfen Sie bitte die Vorschläge der Partei DIE LINKE.
1298 Melden Sie sich zu Wort. Machen Sie mit. Werden Sie Mitglied der Partei DIE LINKE. Wählen Sie
1299 im September 2021 mit allen Stimmen DIE LINKE.